

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Zur US-Wahl 2016: »Make America Great again« – Welches Amerika?

Mit Donald Trump ist ein Mann Präsident der Vereinigten Staaten geworden, der wie kein zweiter für die soziale und auch die politische Spaltung der US-amerikanischen Gesellschaft steht. Sein Wahlkampf setzte ausdrücklich auf Polarisierung. Die Rivalin, Hillary Clinton, die für die Demokratische Partei antrat, verkörperte das »Weiter-So« in der Politik, was sie bei vielen Wählern verhasst machte.

Bereits im Vorfeld der Wahlen stand bei der Demokratischen Partei Bernie Sanders für soziale Reformen und ein Zugehen auf die lohnabhängigen Klassen, Hillary Clinton dagegen für das Wall Street Establishment, das Große Geld. Bei den Republikanern war die Zahl der Bewerber, die für verschiedene Flügel standen, größer. Während bei den Demokraten neben Hillary Clinton und ihrem Vizepräsidenten Tim Kaine ursprünglich fünf weitere Kandidaten um die Nominierung kämpften, waren es bei den Republikanern neben Donald Trump und seinem designierten Vize Mike Pence sechzehn Mitbewerber, die einer nach dem anderen aufgaben und sich zurückzogen.

Dass diese Wahlen international besondere Aufmerksamkeit auf sich zogen, lag insbesondere am Auftreten des republikanischen Bewerbers. Die Auftritte der Kandidaten im Wahlkampf sind in den USA großes Schmierentheater. Hauptdarsteller sind die Bewerber mitsamt ihren engeren Familienangehörigen, Nebenrollen werden durch mehr oder weniger prominente Unterstützer und Geldgeber besetzt, Babies zum Küssen gibt es und den Chor gibt das Publikum mit professionell gefertigten Plakaten und Winkelementen und mit Sprechchören, die allerdings die Lautsprecher des Helden oder der Heldin niemals übertönen können. Dahinter steckt eine riesige organisatorische Leistung, mit Fernsehwerbung, Plakaten, lokalen und regionalen Veranstaltungen und Hausbesuchen in den einzelnen Bundesstaaten, mit Tausenden bezahlter und Zehntau-

senden unbezahlter Helfer, die geschult und zu den Orten ihres Wirkens transportiert werden müssen. Der finanzielle Aufwand dafür betrug in diesem Jahr allein bei den beiden großen Parteien deutlich über eine Milliarde USD.

Diesen Aspekt des Theatralischen muss man berücksichtigen, wenn man den Hauptprotagonisten gerecht werden will. Sie müssen wohl oder übel Rollen verkörpern.

Hillary Clinton hatte naturgemäß die Frauenrolle. Sie sollte die »gläserne Decke« durchbrechen, die bislang die Frauen von dem höchsten Staatsamt trennte. Sie stand für »political correctness«, also gegen Sexismus, Rassismus, für Umwelt- und Klimaschutz und anfangs auch für internationalen Handel und Handelsabkommen, kurz: für Seriosität und das Ostküsten-Establishment, die »Bessere Gesellschaft«. »So war Clintons Wahlkampf: Eine durch Bürgerrechtsthemen befeuerte Regenbogenkoalition sollte sie ins Weiße Haus tragen«, formulierte der Korrespondent der FAZ (10. 11. 2016) Clinton hatte auch wesentlich mehr Geld für ihren Wahlkampf als Trump. Es gab allerdings einen schwarzen Fleck auf der weißen Folie: Die Dienstpost auf dem privaten Server zu Hause während ihrer Amtszeit als Außenministerin im Weißen Haus und die Ermittlungen des FBI in dieser Angelegenheit.

Ihr Gegenüber war mit Donald Trump eine Gestalt wie aus dem Roman Martin Chuzzlewit von Charles Dickens: Ein Yankee-Bourgeois und Geldprotz von der übelsten Sorte, dazu noch Rassist, Begrabscher von Frauen, scheinbar Isolationist, Gegner von Freihandelsabkommen, Umwelt- und Klimaschutz.

Dass Trump die Wahlen schließlich gewann, sorgte angesichts der Wahlprognosen, die ihn als Verlierer sahen für Überraschung – lag er doch nach Wählerstimmen mit 46,3 Prozent hinter Clinton (48,2 Prozent). Grund dafür ist das amerikanische föderative Mehrheitswahlsystem.

1) Die offizielle Schätzung der Arbeitslosenquote für 2016 in den USA liegt bei 4,9 Prozent. Allerdings tauchen viele Erwerbslose im Alter zwischen 25 und 56 Jahren nicht mehr in der Statistik auf, weil sie sich nicht mehr arbeitssuchend melden. Die Beschäftigungsquote aller Amerikaner im erwerbsfähigen Alter (16 Jahre und älter) betrug im Oktober 2016 62,8 Prozent (zum Vergleich Deutschland rd. 75 Prozent).

Zur Wahl in den USA

Griechenland vor dem Ende

GEW Berlin

Solidarität mit Goodyear-Kollegen

...es geht weiter nach unten!

»Noch im Jahr 2012 arbeiteten 35.000 Menschen im Bergbau West Virginias, heute sind es 20.000, und der Trend ist eindeutig: Es geht weiter nach unten. Im ganzen Land arbeiten noch 60.000 Kohle-Kumpel, vor 30 Jahren waren es noch 180.000.«

Küstenstaaten wie New York, Oregon und Kalifornien wollen ihre Energieversorgung kohlefrei machen. »...die von wohlhabenden Bürgern gegründete Umweltorganisation Sierra Club (verhindert) mit Hilfe bester Anwälte die Genehmigung neuer Kohle-Kraftwerke. 242 Kohle-Kraftwerke seien seit 2010 geschlossen worden, vermeldet die Organisation stolz auf ihrer Internetseite, weitere 281 müssten dichtgemacht werden.«

(FAZ 28. 10. 2016) ■

Trump kam auf 290 Wahlmännerstimmen, Clinton nur auf 232, also ein komfortabler Vorsprung für den Sieger, dem bereits 270 Stimmen gereicht hätten. (Datenquelle: cnn.elect.res.)

Die Wahrnehmung in den deutschen Medien war deutlich geprägt von dem polarisierenden Wahlkampf in den USA. Clinton wurde wahrgenommen als Vertreterin des außenpolitischen status quo, einer Fortführung der Politik des scheidenden Präsidenten Obama, Trump hingegen als Gefahr für die eingespielten Beziehungen und Bündnisse unter den wichtigen Industriestaaten.

Dass dies nicht nur mediale, also künstliche Aufregung war, machten Äußerungen von hochrangigen europäischen Politikern deutlich, die sich, wie der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier, während des Wahlkampfes in Amerika unverhüllt gegen Donald Trump aussprachen. Das waren durchaus Versuche, auf den Verlauf der US-Wahlen von außen Einfluss zu nehmen, aber sie waren fruchtlos.

Präsidentenwahlen in den USA erringen unter den herrschenden Klassen in der ganzen Welt zwangsläufig immer hohe Aufmerksamkeit, was der herausragenden wirtschaftlichen und vor allem auch der militärischen Stellung des Landes geschuldet ist. Gleichwohl hielt und hält sich das Entsetzen über den Wahlausgang in Grenzen. In fast allen parlamentarischen Demokratien gibt es institutionelle Verfahren zum Interessenausgleich; in erster Linie zum Ausgleich der Interessen innerhalb der herrschenden Klassen selbst, in gewissem Umfang auch zum Ausgleich der Interessen zwischen den sozialen Klassen. In der Vereinigten Staaten wird dies als System von »checks and balances« bezeichnet, das dem Präsidenten als höchstem Vertreter der Exekutive diktatorisches Regieren auf Dauer verbietet. Die Bundesregierung, der er vorsteht, monopolisiert die Außen- und Militärpolitik, der Präsident ist also in gewisser Weise Herr über Krieg und Frieden. Er muss sich aber über den Bundeshaushalt, über internationale Verträge mit Senat und Kongress verständigen. Die Bundesstaaten selbst haben weitgehende legislative und exekutive Befugnisse; sie verfügen über eigene Steuern, betreiben ihre eigene Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik und kontrollieren Polizei und Milizen.

Die diesjährige Wahl bekam in Europa vor allem dadurch besonderes Gewicht, weil das Gespenst des Rechtspopulismus in der Person des Donald Trump auch die USA zu

2) Was mit Nafta, dem Freihandelsabkommen zwischen USA, Kanada und Mexiko, geschehen soll, bleibt einstweilen unklar. Nafta war ursprünglich ein republikanisches Projekt, das unter Präsident George Bush sen. in Kraft trat, allerdings auch von seinem demokratischen Nachfolger Bill Clinton unterstützt wurde.

...nicht nur doppelt so hoch wie...!

»Die acht Obama-Jahre haben die Schwarzen nicht vorangebracht... Ihre Arbeitslosenquote ist nicht nur annähernd doppelt so hoch wie die der Gesamtbevölkerung..., sie liegt deutlich über der Quote der Hispanics und Asiaten...« »Im Regierungsbericht von 2015 heißt es, dass ein schwarzer Mann, der vor 25 Jahren geboren wurde, nur in einem von zwei Fällen einer geregelten Beschäftigung nachgehen kann. Wenn es dagegen schlecht ausgeht, ist er arbeitslos gemeldet, hat die Arbeitssuche komplett aufgegeben, sitzt im Gefängnis oder ist vor dem Erreichen des 25. Lebensjahres gestorben.«

Opfer der Gewaltkriminalität in vielen amerikanischen Großstädten sind vor allem Afroamerikaner. Trump sagt, die Afroamerikaner sollten ihn wählen. Sie hätten schließlich nichts zu verlieren. (FAZ 07. 11. 2016) ■

verschlingen drohte. Die so genannten gemäßigten Volksparteien in den industriellen Kernstaaten der Europäischen Union leiden seit geraumer Zeit unter Auszehrung, sie verlieren Mitglieder und Wahlen und an ihrer statt treten so genannte rechtspopulistische Parteien in den Vordergrund, wie die Lega Nord in Italien, der Front National in Frankreich, UKIP in Großbritannien, die AfD in Deutschland, um nur einige Beispiele zu nennen. In den Parteienlandschaften und in den Parlamenten ist das ein Umbruch, dessen weitere Folgen schwer zu ermessen sind. Dass nun die Kernmacht des westlichen Kapitalismus ebenfalls von diesem Phänomen erfasst wird, erhöht die Unruhe unter den herrschenden Klassen und ihren Medien.

Über die Gründe für diese Entwicklungen gibt es allerdings in diesen Medien weitgehende Übereinstimmung. Die Kommentare weisen überwiegend darauf hin, dass breite Schichten der lohnabhängigen Klassen die Zukunft für sich und ihre Angehörigen eher schwarz sehen. Selbst Menschen, die eine feste Anstellung und gutes Gehalt haben, rechnen angesichts ihrer eigenen Erfahrungen mit Rationalisierungen und Arbeitsplatzabbau mit schlechteren Berufschancen für ihre Nachkommen. Es geht auch nicht allein um Arbeitsplätze überhaupt – es mögen an die Stelle der verloren gegangenen Jobs in der Industrie neue im Dienstleistungsbereich getreten sein; aber die verlangen

INHALT: Jhg. 57 Heft Nr. 4 · 30. Dez. 2016

Zu den Wahlen in den USA	1
Griechenland: Syriza wird Memorandums-Partei	6
Russland: Hoffnungsträger oder Beweis für das Scheitern des Sozialismus	12
Kapitalismus in Russland	15
GEW Berlin im Dilemma	22
Solidarität mit den Kollegen von Goodyear, Frankreich	22
Lernen mit den Klassikern.	26

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Karaberis
Herstellung und Vertrieb: GFSa – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
GFSa e.V. · Postbank Hamburg · Kto 410 077 205 · BLZ 200 100 20
IBAN: DE28 2001 0020 0410 0772 05 · BIC: PBNKDEFF
Zuschriften nur an: »GFSa e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«
e-mail: arpo.berlin@gmx.de · Internet: www.arbeiterpolitik.de



Veranstaltung mit Bernie Sanders, Moda Center, Portland, 9. August 2015

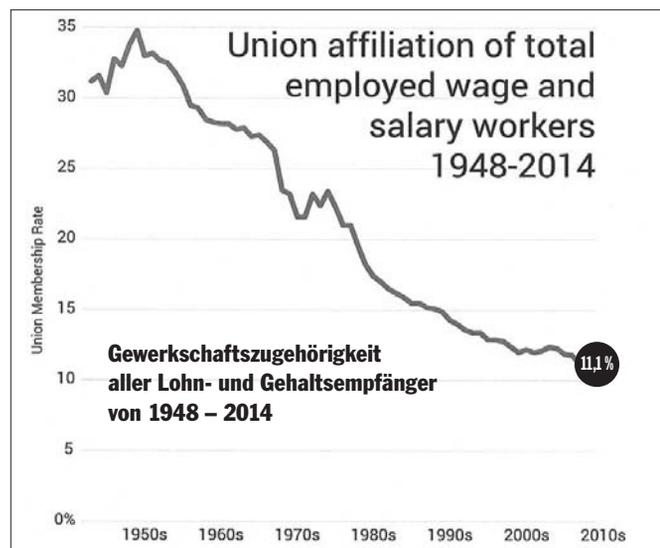
häufig weniger Qualifikationen, sie sind schlechter bezahlt und häufig nur als Teilzeitjobs erhältlich, was Folgen für die spätere Rentenhöhe hat. Noch schlimmer steht es für die Menschen, die in Regionen wohnen, wo der wirtschaftliche Strukturwandel die ursprünglichen Industrien zum Verschwinden brachte, ohne dass Neues an ihre Stelle getreten wäre. Sie alle haben sich von einem »Weiter-So« nichts zu erhoffen und wollen einen Wandel – zum Besseren, wobei nicht immer so recht klar ist, was dieses Bessere sein könnte¹⁾.

Donald Trump stand im Wahlkampf für diesen Wandel mit dem Slogan »Make America Great Again«.

Er brüstete sich ausdrücklich mit seiner Erfahrung als erfolgreicher Unternehmer, als Milliardär, als einer, der weiß, wie man es macht, um zu Geld zu kommen. Um die weißen Arbeiterhaushalte zu gewinnen, versprach er im Falle seiner Wahl die Ausweisung von zehn bis elf Millionen illegaler Immigranten, die Errichtung einer Grenzmauer zu Mexiko, Kündigung oder Neuverhandlung von Freihandelsabkommen und die Rückholung der ausländischen Produktion US-amerikanischer Firmen. Auch sollten die Umweltauflagen gesenkt werden, damit weiterhin amerikanische Kohle gefördert und verstromt werden könne.

Es sieht so aus, als wäre Trump mit seinem Auftreten der Einbruch ins Gewerkschaftslager – jedenfalls zum Teil – gelungen. Zwar hatte auch dieses Mal die Spitze des Gewerkschaftsdachverbands AFL-CIO sich für die Demokratische Partei stark gemacht und deren Präsident Richard Trumka sammelte Spenden für Hillary Clinton. Laut Umfragen stimmten 43 Prozent der Gewerkschafter für Trump; Clinton erhielt 51 Prozent. Aber im Vergleich: Obama erhielt 2012 58 Prozent der Gewerkschafts-Stimmen und sein republikanischer Rivale Mitt Romney nur 40 Prozent. Das heißt: Das republikanische Lager hatte diesmal zugelegt, das demokratische verlor Anteile. Unter dem amerikanischen Mehrheitswahlssystem hatte das gravierende Folgen: (FAZ 16. 11. 2016)

Auf der anderen Seite war es den Demokraten nicht gelungen, die Minderheitslager der Schwarzen und der Hispanics ausreichend zu den Wahlurnen zu mobilisieren.



Die Wahlbeteiligung lag bei 56,9 Prozent und damit deutlich unter der Obama-Wahl von 2004 mit 63,8 Prozent.

Der wirkliche, das heißt, der Klassencharakter von Trumps Politik erschließt sich deutlicher nach seinem Wahlsieg. Es ist nun nicht mehr von einer Deportation von zehn bis elf Millionen illegaler Einwanderer die Rede, sondern nur noch von der Ausweisung von zwei bis drei Millionen »Kriminellen und Bandenmitgliedern« – eine ähnlich große Zahl wurde auch in der Amtszeit Obamas abgeschoben. Statt einer durchgehenden Mauer zu Mexiko soll nun der bereits existierende Zaun nur an einigen Stellen durch Mauern ersetzt werden. Das wird auch die Unternehmer freuen, die davon leben, dass sie die billige Arbeitskraft der Illegalen ausbeuten. Ein Zugeständnis an seine proletarische Wählerschaft scheint, dass Obamacare, ein von Obama durchgesetztes Krankenversicherungsprojekt, das etwa 20 Millionen bis dahin nicht versicherten armen Amerikanern Versicherungsschutz brachte, und dessen ersatzlose Streichung Trump im Wahlkampf angekündigt hatte, nicht vollständig abgeschafft werden soll. Zwei Regelungen, die bei seiner Wählerschaft und

Wählerstimmanteile und Wahlmännergremium

Das US-Wahlsystem für die Präsidentenwahl sieht vor, dass der Präsident nicht direkt von der Bevölkerung gewählt wird. Die Wahl erfolgt indirekt durch ein Wahlmännergremium, das bei den Präsidentenwahlen bestimmt wird. Jeder Bundesstaat entsendet eine (je nach Größe verschiedene) bestimmte Anzahl von Wahlmännern in dieses Gremium. Bis auf zwei Bundesstaaten (Maine und Nebraska) wird dabei so verfahren, dass der Kandidat oder die Kandidatin mit den meisten Stimmen in einem Bundesstaat alle Wahlmänner bekommt. In Maine oder Nebraska werden die Wahlmänner entsprechend dem Wahlergebnis verteilt.

Dieses System führt dazu, dass viele Stimmen »verloren« gehen, wenn z.B. in einem bevölkerungsreichen Bundesstaat ein(e) Kandidat(in) hoch gewinnt, z.B. über 70 Prozent der Stimmen gewinnt. Da schon bei 50,1 Prozent der Sieger feststeht, gehen also 20 Prozent der Stimmen quasi verloren.

Bei der Wahl 2016 führte dieses System dazu, dass Clinton ziemlich deutlich die meisten Wählerstimmen bekam: 65,7 Millionen (48,2 Prozent). Sie erhielt damit praktisch genauso viele Stimmen wie Obama 2012 und das dritthöchste Ergebnis in der Geschichte überhaupt. Demgegenüber bekam Trump nur 62,9 Millionen Stimmen (46,3 Prozent).

Trotzdem kam Trump im Wahlmännerkollegium auf 306 Stimmen, Clinton nur auf 232. Das kam daher, dass Trump fast alle Bundesstaaten gewann, in denen das Ergebnis hauchdünn war, in den sogenannten »Swing-States«. Clinton nützte es demgegenüber nichts, dass sie die meisten Stimmen der bevölkerungsreichen Ost- und Westküste bekam.

Rein theoretisch könnten die Wahlmänner das Ergebnis ändern, da in 24 Bundesstaaten es den Wahlmännern frei steht, wen sie letztlich wählen. Diese freie Wahlmöglichkeit wird aber praktisch nie ausgeübt. ■

auch unter Kongress-Republikanern populär sind, sollen beibehalten werden: Versicherer sollen niemanden wegen Vorerkrankungen ausschließen dürfen und Kinder dürfen bis zum 26. Lebensjahr bei ihren Eltern mitversichert sein. Außerdem wolle er Obamacare nicht einfach abschaffen, sondern verändern oder ersetzen.

Vor allem seine Pläne zur Steuerreform sind ein Geschenk an die eigene Klasse: Entlastungen für Unternehmer und Besserverdienende – Unternehmensgewinne sollen mit nur 15 Prozent besteuert werden, die Einkommenssteuer soll maximal 33 Prozent betragen, die ausländischen Gewinne US-amerikanischer Firmen dürfen mit einer niedrigen zehnpromzentigen pauschalen Steuer rückgeführt werden. Ferner will Trump Staatsland an Öl- und Gasfirmen verpachten. Davon verspricht er sich Einnahmen von über 150 Milliarden USD für Infrastruktur-Investitionen.

In seinem am 22. November verkündeten Sofortprogramm für die ersten hundert Tage seiner Amtszeit stehen im Zentrum die Aufkündigung des ausgehandelten aber noch nicht vom Kongress ratifizierten transpazifischen Freihandelsabkommen TPP, das er als »potentielles Desaster« für die Vereinigten Staaten bezeichnet hatte. Es soll durch bilaterale Abkommen ersetzt werden, in denen die Verhandlungsmacht der USA womöglich besser zur Geltung kommen würde. Ferner die Streichung von Auflagen für die Förderung von Öl und Erdgas aus Schiefergestein und für den Kohlebergbau. Das soll angeblich Millionen

Wer ist Bernie Sanders?

Bernard »Bernie« Sanders, 75 Jahre alt, ist ein parteiloser US-Politiker. Er vertritt seit 2007 als Senator den kleinen US-Bundesstaat Vermont. Während seines Studiums wurde Sanders politisiert und beteiligte sich an Sit-ins gegen die Rassentrennung und wurde aktiv beim Congress of Racial Equality (CORE). Zu Beginn der 70er Jahre war Sanders in der Liberty Union Party (LU) als einem Teil der breiten US-Antikriegsbewegung organisiert. Er kandidierte in 70er Jahren mehrmals vergeblich als Senator von Vermont und scheiterte mit seiner Kandidatur um den Gouverneursposten seines Heimatstaates.

Nach mehreren Wahlschlägen verließ Sanders die LU und kandidierte als unabhängiger Kandidat für das Amt des Bürgermeisters von Burlington, der größten Stadt von Vermont. Er gewann gegen den demokratischen Amtsinhaber mit einer hauchdünnen Mehrheit von zwölf Stimmen und wurde für diesen Posten dreimal wiedergewählt. 1990 kandidierte Sanders erfolgreich für das Repräsentantenhaus. Von 1991 bis 2007 vertrat Sanders den Bundesstaat Vermont. Er war damals der einzige parteilose Abgeordnete sowie derjenige mit der insgesamt längsten Mandatszeit als Unabhängiger. Sanders wurde insgesamt sechsmal wiedergewählt

Bei den Senatswahlen 2006 kandidierte Sanders als Unabhängiger und gewann nahezu zwei Drittel der Stimmen. Hier schloss er sich erstmals als Parteiloser der Fraktion der Demokraten an. Erst während der Vorwahlen zu den diesjährigen Präsidentschaftswahlen trat Sanders der Demokratischen Partei bei. Während des Parteitags der Demokraten Ende Juli 2016 gab Sanders bekannt, in den Senat wieder als Unabhängiger zurückkehren zu wollen. (1)

Die Kampagne »Bernie for President«

Sanders verzichtete im Gegensatz zu seiner Konkurrentin Hillary Clinton auf Zuwendungen von Großbanken und Großkonzernen. Um sich nicht von »Big Money« und »Big Business« abhängig zu machen und seiner Kritik an den »oligarchischen Zuständen« der Wahlkampffinanzierung Nachdruck zu verleihen, setzte Sanders auf Spenden von Pri-

gut bezahlter Arbeitsplätze schaffen – was nicht sicher ist; sicher ist hingegen, dass es den beteiligten Unternehmern gewaltige Profite bringen würde.

Nichts wird gesagt über die Absicht, »Arbeitsplätze nach Amerika zurück zu holen«. Es ist auch schwer vorstellbar, wie dies geschehen sollte, wie das Beispiel Chinas zeigt: Die größten Einfuhrkontingente von China nach Amerika sind Handies, Tablets, Laptops und Netzwerkelektronik. China steht in diesen Warengruppen für 70 Prozent der weltweiten Produktion. Die USA exportieren nach China vor allem Sojabohnen, Flugzeuge und Autos, die leicht durch Konkurrenzprodukte ersetzt werden könnten. (FAZ 18. 11. 2016) Statt eines Handelskrieges sei daher eher damit zu rechnen, dass Trump auf ausgewählte Produkte Strafzölle erheben werde, was China dann mit eigenen Strafzöllen auf amerikanische Produkte beantworten werde.

Nicht eindeutig ist auch, was sein Vorstoß bewirken soll, die Spielregeln für den Lobbyismus zu ändern. Spitzenbeamte sollen nach ihren Ausscheiden aus dem Amt in den ersten fünf Jahren keine Lobbyarbeit machen dürfen; für ausländische Regierungen ist es ihnen unbefristet verboten. Das würde am ehesten Personen treffen, die kein eigenes Vermögen haben und die nicht zum engeren Kreis der herrschenden Klassen gehören, weil sie damit aus dem Kreis der Mitspieler herausfielen.

vatpersonen. So finanzierten Millionen von Kleinspendern Sanders Kampagne. 99 Prozent der Spenden belaufen sich auf jeweils weniger als 250 US-Dollar.

Programmatisch knüpfte Sanders Kampagne an Forderungen an, die erstmals 2011 durch die außerparlamentarische Bewegung »Occupy Wall Street« (OWS) in der breiten Öffentlichkeit Gehör fanden. Angesichts der sozialen Ungleichheit und wachsender Prekarisierung forderten Studierende und weitere Gruppen von gutausgebildeten, lohnabhängigen Mittelschichten von der Regierung Obama eine Anti-Krisenpolitik zu forcieren, die die Opfer der Krise unterstützt. Der Protest der OWS-Bewegung speiste sich aus der wachsenden sozialen Ungleichheit, die vielerorts als »Korruption«, »Gier« und »Betrug« begriffen wurde, welche durch die Macht des 1 Prozent, verkörpert durch die Wall Street, begründet ist.

»Sanders Referenz- und Orientierungspunkt im Wahlkampf ist der idealtypische, westeuropäische, vor allem der skandinavische Wohlfahrtsstaat, nicht die schwankende Bolivarische Revolution in Venezuela oder gar die Oktoberrevolution. So fordert Sanders vielmehr als linke Highroad aus der Krise eine Art Social Green Deal und die Abschöpfung von unproduktivem Überschusskapital und Großvermögen zur Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur und erneuerbarer Energien, die Erleichterung des gewerkschaftlichen Organizing durch Stärkung der Tarifverhandlungsmacht der Lohnabhängigen und die Erhöhung eines flächendeckenden Mindestlohns in Höhe von 15 Dollar, Einführung einer kostenlosen öffentlichen Krankenversicherung und eines gebührenfreien Studiums.«²⁾

Bedeutend war an Sanders Kampagne die Tatsache, „dass zig Millionen AmerikanerInnen (...) mittlerweile die Botschaft vernommen haben, dass nur eine soziale Massenbewegung – Sanders spricht von einer »politischen Revolution« – in der Lage wäre, einen politischen Kurswechsel im Interesse der Lohnabhängigen-Mehrheit auch durchzusetzen. Wählen alleine reiche nicht.«²⁾

Quellen: (1) https://de.wikipedia.org/wiki/Bernie_Sanders

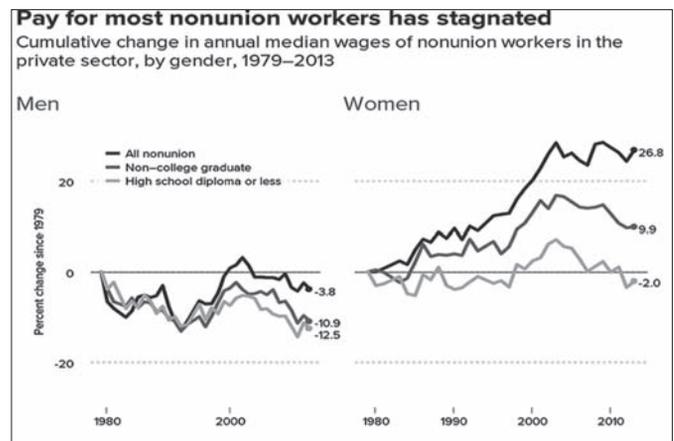
(2) Ingar Solty: Warum gibt es in den USA Sozialismus?, Sozialismus, 3/2016, S.2-6

Eine außenpolitische Strategie ist nicht erkennbar – wahrscheinlich auch für Donald Trump selbst. Seine Äußerungen waren offenbar von den Erfordernissen des Wahlkampfes bestimmt und zum Teil so verstörend, dass sie in seiner Partei Gegenkräfte auf den Plan riefen. »Der größte Teil der republikanischen Außen- und Sicherheitspolitiker hatte eine Trump-Präsidentschaft offen für gefährlich erklärt... Eliot Cohen, ein Vertrauter der früheren (republikanischen) Außenministerin Condoleezza Rice, hatte im Frühling 122 Republikaner dazu bewegt, in einem offenen Brief anzukündigen, in einer Trump-Regierung nicht mitzuwirken. Jetzt fordert Cohen die Unterzeichner auf, doch ihre Arbeit zu tun.« (FAZ 14. 11. 2016) So ist nun damit zu rechnen, dass Trumps Regierungsmannschaft ein außenpolitisches Konzept erarbeitet, das er in den kommenden Monaten vorstellen wird.

Was sagen die Ergebnisse der US-Präsidentschaftswahl?

Der Vergleich von Trump und seinem Wahlkampf mit der Situation in europäischen Industriestaaten zeigt vor allem große Unterschiede. Trump trat nicht auf als Mann der Prinzipien, als Ideologe, er ist Pragmatiker, das unterscheidet ihn von den klassischen europäischen Rechtspopulisten. Die Gemeinsamkeit liegt in der nationalistischen Phrase, die allerdings in den USA eine andere Tradition hat

Bezahlung für die meisten nichtgewerkschaftlich organisierten Arbeiter stagniert seit 1979



als in Europa. Während der Nationalismus nach zwei Weltkriegen in der alten Welt, und vor allem in Deutschland, lange Zeit diskreditiert war, gab es diesen Bruch mit dem Nationalstolz in den Vereinigten Staaten nicht. Bei Wahlen spielen Politiker aller Lager dort die nationale Karte und erklären Amerika und die Amerikaner zum Geschenk Gottes an die Menschheit.

Trump trat vor allem auf als Verkörperung des amerikanischen Traums, in seinem speziellen Falle allerdings nicht vom Tellerwäscher zum Millionär, sondern vom Multimillionär zum Milliardär. Deshalb haben ihm Spott und Häme aus seinen eigenen Kreisen nicht geschadet, als zum Beispiel Warren Buffet ihn provozierte, er werde seine eigene Einkommenssteuererklärung veröffentlichen, wenn Trump dies auch täte. Hillary Clinton hatte bekanntlich ihre Steuererklärung bereits frühzeitig veröffentlicht.

Seine persönlichen Angriffe auf Clinton, die in der Ankündigung gipfelten, sie im Falle seiner Wahl ins Gefängnis zu stecken, wurden von vielen sicherlich nicht ernst genommen. Aber auch das schadete ihm nicht. Die Abneigung, ja der Hass vieler seiner Wähler auf das so genannte New Yorker Establishment, also auf einen sichtbaren, identifizierbaren Teil der herrschenden Klassen verband Donald Trump mit seinen Anhängern, weshalb er sich solche Ausfälle leisten konnte.

Manches ist bereits heute klar: Es wird keinen Umstieg der amerikanischen Industrie in das Kohle- und Stahlzeitalter geben. Rationalisierung und Automatisierung in Industrie und Dienstleistungsbereich werden nicht rückgängig gemacht werden. Der technische Fortschritt, z.B. in Gestalt der Elektroautos, wird weiterhin massenhaft Arbeitsplätze vernichten. Falls Trump bestehende Handelsabkommen neu verhandeln und für die USA günstiger abschließen würde, was keinesfalls feststeht, würde das den US-Unternehmern nützen; ob davon auch die lohnabhängigen Klassen profitieren würden, ist dagegen völlig unklar. »Make America Great Again« meint in den Augen seiner proletarischen Wähler, dass sie wieder gut bezahlte Arbeitsplätze haben werden. In den Augen der bürgerlichen Klassen bedeutet die Parole, dass sie die Vorherrschaft gegen Länder wie Russland und China bewahren können, dass sie ihre Konkurrenten aus dem Feld schlagen können. Das heißt aber unter kapitalistischem Vorzeichen, den Druck auf die Arbeiterklasse weiter zu erhöhen, die Produktivität schneller zu steigern als die Konkurrenz. Selbst wenn er sein Versprechen für die bürgerlichen Klassen einlösen könnte – woran man durchaus zweifeln kann –, würde das nicht automatisch bedeuten, dass auch die Wünsche und Hoffnungen der lohnabhängigen Klassen erfüllt würden.

Die Gemeinsamkeiten zwischen der Trump-Wahl, dem Brexit und dem Aufstieg des so genannten Rechtspopulismus in Europa wurzeln in dem anhaltenden Druck auf die lohnabhängigen Klassen infolge der dramatischen Produktivitätssteigerung durch Automation und Rationalisierung, der nicht oder nur teilweise durch wachsende Absatzmärkte gemildert werden kann. Selbst in Ländern wie Deutschland, wo die Arbeitslosigkeit nominal niedrig ist, und wo es wie in der Baubranche ohne ausländische Arbeitskräfte Produktionsengpässe gäbe, sind in den vergangenen Jahren viele annehmbar bezahlte Arbeitsplätze durch Teilzeitjobs und niedriger vergütete Stellen im Handel und der Logistik ersetzt worden. Zudem wird der Druck mächtiger Handelspartner, wie China und USA, auf die europäischen Exporteure nicht nachlassen, Produktionsstätten auf ihrem Territorium zu errichten, auch um die sozialen Probleme in ihren Ländern abzumildern.

Die Ergebnisse der Meinungsumfragen zu und nach den Wahlen sind sicherlich mit Vorsicht zu genießen und nicht penibel genau zu nehmen. Doch ist es plausibel, dass der Protest gegen »die Politik«, das politische Establishment oder wie immer man die Repräsentanten der parlamentarischen Demokratie bezeichnen will, nicht in erster Linie von den untersten Schichten der lohnabhängigen Klassen ausgeht. In vielen Fällen sind es Menschen, die durchaus noch gute und sichere Jobs haben, die aber ahnen, dass es ihren Kindern und Enkeln in Zukunft eher schlechter gehen wird. Diejenigen, die sich ganz abgehängt fühlen,

beteiligen sich schon lange nicht mehr an Wahlen, weil sie sich davon nichts versprechen. Das Wählen und mehr noch die Beteiligung am Wahlkampf ist aktives Eingreifen und setzt in der Regel – selbst bei Protestwählern – die Hoffnung auf eine Wirkung des eigenen Handelns voraus.

Regierungen von großen, wirtschaftlich starken Staaten haben einen gewissen Einfluss auf Wirtschaft und Konjunktur, dafür sind die USA und in neuerer Zeit China herausragende Beispiele. Aber sie können nicht auf Dauer die Folgen der Profitwirtschaft und der daraus resultierenden Überproduktion im Kapitalismus abwenden, weil die Weltwirtschaft zu groß ist, um von einem sei es noch so mächtigen Mitspieler bestimmt zu werden. Eine Folge davon ist, dass es auch Donald Trump nicht in der Hand hat, die Hoffnungen seiner lohnabhängigen Wähler zu erfüllen. Wir wissen heute nicht, welche Reaktionen das in der Zukunft bei seiner heutigen Wählerschaft auslösen wird. Wir können auch nicht wissen, ob die Menschen, die mit Bernie Sanders eine »sozialistische«, wir würden sagen: sozialdemokratische, Alternative zum Präsidentschaftskandidaten küren wollten, sich politisch weiter nach links, in unsere Richtung bewegen werden und ob es möglich ist, dass sie ehemalige Trump-Wähler zu sich ziehen können. Aber es steht für uns außer Frage, dass das Entstehen einer aktiven Arbeiterbewegung in den USA große Ausstrahlungskraft nach Europa haben würde.

18.12.2016 ■

Griechenland: Syriza wird zur »Memorandums-Partei«



Die »Frankfurter Allgemeine« berichtet am 17.10.16 vom Parteitag Syrizas, auf dem eine Aktivistin fragte: »Sind das wirklich wir?« Diese bezog sich dabei darauf, dass Anfang Oktober Polizei mit Tränengas gegen eine Rentnerdemo vorgegangen war, die zum Sitz des griechischen Ministerpräsidenten Tsipras ziehen wollte.

»Ja, Sie sind es wirklich«, müsste man dieser Frau antworten. Syriza ist zu einer Regierungspartei geworden, die jetzt alles das umsetzt, wogegen sie noch vor zwei Jahren angetreten war. Schneller hat sich selten eine »linksradikale« Partei (Syriza ist die griechische Abkürzung für »Bündnis der radikalen Linken«) in eine Partei des Sozialabbaus und der Privatisierung verwandelt wie in diesem Fall.

Wie konnte das passieren?

Wir haben (in der »Arbeiterpolitik« 3/4 und 5/6 2015) beschrieben, wie Syriza, sei Januar 2015 an der Regierung, versucht hatte, zum einen die Auflagen der Gläubiger zu erfüllen, d.h. die griechischen Staatsschulden zu bedienen. Zum anderen hatte sie versucht, deren Front in den Verhandlungen auf EU-Ebene aufzubrechen. Das war ihr aber nicht gelungen. Insbesondere die Hoffnung auf Unterstützung durch die Regierungen von Frankreich, Italien, Spanien, Portugal hatte sich nicht erfüllt. Im Sommer war der griechische Staat zahlungsunfähig, die EZB drehte den Geldhahn zu und es schien zur Unterwerfung keine Alternative zu geben. In dieser Situation rief die Regierung zu einem Referendum über die auferlegte Zwangs-Sparpolitik

Griechenland droht endgültig zugrunde zu gehen.

Der griechische Premier ist eine Art Vollstrecker für die internationalen Geldgeber des Landes – und doch sind sie mit ihren strikten Reformen dabei, seine Regierung zu Fall zu bringen.

[...] Dass aber der Linkspolitiker nicht seinen Beitrag zur Rettung Griechenlands aus der Krise liefern würde, kann niemand mehr ernsthaft behaupten. Als Tsipras neulich sein Kabinett umbildete, geschah dies ausschließlich aus dem Grund, Brüssel entgegenzukommen. Wer noch ein bisschen Widerstandswillen gegen das Sparpaket aufbrachte, wurde aus der ersten Reihe der Regierung abberufen. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass die internationalen Kreditgeber Tsipras nie an der Spitze des Landes sehen wollten – und nun erkennen müssen, dass sie sich keinen besseren Vollzieher wünschen könnten.

Jetzt steht das Ende der jüngsten Überprüfung der Reformen bevor. Die Europäer sind unzufrieden. [...] Auch das dritte Hilfspaket schnürt den Griechen die Luft zum Atmen ab. Es ist auf dem besten Weg, abermals neue Not zur alten Not hinzuzufügen.

[...] Im Krisensommer 2015 ging es – wie sich immer deutlicher zeigt – weniger darum, Griechenland langfristig zu retten, als zunächst einmal die Zustimmung für die Milliardenhilfe in den Geldgeberländern zu sichern. Und dazu gehörte offenbar das Narrativ: Griechenland muss bluten. [...]

Wer dem Land helfen will, darf sich um die Frage einer nennenswerten Schuldenerleichterung nicht länger herumdrücken. Leider aber tut die deutsche Regierung genau dies – und provoziert dadurch womöglich Tsipras' Fall. All die schmerzhaften Reformen bisher hat der Premier seinen Bürgern unter der Maßgabe abgetrotzt, dass am Ende die Schuldenlast sinkt und das Land eine Perspektive für ein Leben ohne Hilfsprogramme bekommt. Verweigern sich hier die Geldgeber, nehmen sie in Kauf, dass die Regierung innenpolitisch scheitert; über Neuwahlen wird bereits spekuliert. [...] (SZ, 5.12.2016) ■

auf. Als zur allgemeinen Überraschung sich eine deutliche Mehrheit von fast 62 Prozent für ein »Nein« gegen die Zwangssparpolitik aussprach, schien für einen Moment die Möglichkeit eines politischen Widerstands auf. Doch die Syriza-Regierung unter Tsipras scheute diesen Schritt aus Furcht vor den möglichen Konsequenzen: Ausschluss aus dem Euro, Staatsbankrott, innenpolitische Zuspitzung, und das bei fehlender internationaler Unterstützung. Also unterwarf sie sich trotz des Referendums der Bevölkerung und akzeptierte wesentlich härtere Auflagen, als sie noch vor dem Referendum im Raum standen.

Als im September neu gewählt wurde, bekam Syriza zur Überraschung vieler Beobachter erneut die meisten Stimmen. Syriza galt zu dem Zeitpunkt zum einen als nicht korrupt im Unterschied zu ihren Vorgängerparteien an der Regierung, zum anderen hofften viele, dass es mit Syriza an der Regierung doch nicht so schlimm kommen werde und sie das Schlimmste verhindern könne. Wir schrieben aber (in 5/6 2015), dass Syriza »gerade diejenigen (wird) angreifen müssen, die bisher noch relativ ungeschoren davon gekommen sind: Diejenigen mit Renten über 1000 EUR werden von Kürzungen, die staatlichen Beschäftigten von Entlassungen betroffen sein, die öffentlichen Betriebe werden von einer Treuhandanstalt an Privatinvestoren verscherbelt

werden, die zuallererst an die Löhne und Arbeitsplätze herangehen werden usw.«

Die schlimmsten Erwartungen übertroffen

Am 23. Mai 2016, einen Tag nachdem im griechischen Parlament über Vorgaben der Gläubiger abgestimmt worden war, erhielten wir aus dem Kreis unserer langjährigen Kontakte folgende Mail:

»Die gestrige Abstimmung war von großer, struktureller Wichtigkeit. Es geht nicht nur um höhere Steuern und Kürzungen bei niedrigen Renten. Abgesehen von dem, was ich in der vorigen mail über die Treuhand [den griechischen Privatisierungsfond, d.Red.] geschrieben habe, gibt es das kleine Detail, dass der Finanzminister völlig die Kontrolle über das Ministerium abgeben hat an den ‚unabhängigen‘ Generalsekretär für das Öffentliche Einkommen. Dieser Posten wurde schon unter den früheren Sparpaketen geschaffen, und schon letztes Jahr beklagte sich Varoufakis offen, dass er nur den Gläubigern verantwortlich ist. Jetzt ersetzt dieser Troika-genehme Sekretär praktisch den Minister, indem er bei allen Gesetzen und Entscheidungen ein Veto-recht hat. Wenn der Minister eine andere Auffassung vertritt, muss sie der Sekretär nicht in Betracht ziehen! Zu bemerken ist auch, dass Katerina Savaidou, die bis vor kurzem Sekretärin war, vorher im Vorstand von PwC¹⁾ Greece war, der Firma, die den Reichen bei der Steuervermeidung hilft. Es ist nicht so, dass Gläubigerkontrolle gleich Steuergerechtigkeit bedeuten würde.

Ebenso ist die automatische Schuldenbremse eine Veräppelung von Demokratie, da sie in Kraft gesetzt wird ohne das Parlament konsultieren zu müssen – das ist das Wesen von Schuldknechtschaft. In gewisser Weise hat Tsipras recht, wenn er sagt, das seien nun die letzten Sparbeschlüsse im Parlament, denn in der Zukunft werden die Sparmaßnahmen sich von alleine durchsetzen.«

Am Vorabend, den 22. Mai 2016, hatte das Parlament im üblichen Eilverfahren mit der knappen Mehrheit der Regierungsparteien das letzte Paket in einer Reihe von Gesetzesvorlagen verabschiedet. Nur wenige Stunden vor Beginn der Debatte hatten die Parlamentarier den 7.500 Seiten umfassenden Gesetzesentwurf auf einer CD erhalten. Mit seiner Annahme beugten sich die Abgeordneten den noch nicht umgesetzten Auflagen der Gläubiger. Hier ein kurzer Überblick über die Gesetzesänderungen:

Nahezu alles bis auf die Atemluft wird besteuert

»Zusammen mit dem Gesetzespaket wurde nahezu alles bis auf die Atemluft besteuert. Künftig zahlen die Griechen eine Extra-Steuer für Internet, Privatfernsehen, Kaffee, Bier und eine erhöhte Tabaksteuer, welche auch auf elektronische Zigaretten ausgeweitet wird. Die strittige Immobiliensonderabgabe ENFIA, deren Abschaffung sich Tsipras auf die Fahnen geschrieben hatte, wurde erneut, im Extremfall sogar um das Dreifache erhöht. Die Erhöhung einiger Steuern, so auch des ENFIA, gilt rückwirkend, zum 1. Januar 2016. Erhöht wurden zudem sämtliche Energiesteuern. Eine Kurtaxe für Touristen komplettiert das Paket. Auf alle Steuern kommt als Aufschlag noch die Mehrwertsteuer, welche um einen Prozentpunkt auf 24 Prozent erhöht wurde.«²⁾ Bereits im Sommer vorigen Jahres war der reduzierte Mehrwert-

1 PriceWaterhouseCoopers; siehe wikipedia-Eintrag:

Im **Luxemburg-Leaks**-Skandal wurden im November 2014 von Whistleblowern 28 000 Seiten interne Dokumente veröffentlicht, die zeigten, dass PwC mit den luxemburgischen Steuerbehörden zwischen 2002 und 2010 548 verbindliche Vorbescheide (Advance Tax Rulings) abgeschlossen hatte. Die Vorbescheide sicherten 343 **Konzernen**, darunter Apple, Amazon, Heinz, Pepsi, Ikea und Deutsche Bank eine niedrige Besteuerung rechtlich verbindlich zu.

2 Wassilis Awestopoulos am 24.05.2016 auf »telepolic«

steuersatz von 13 Prozent auf zahlreiche Produkte und sogar auf Grundnahrungsmittel abgeschafft worden.

Neben der Erhöhung der Verbrauchssteuern, die alle Teile der Bevölkerung treffen, zielen die Steuererhöhungen als auch die Rentenkürzungen vor allem auf die Teile der Bevölkerung, deren Einkommen noch nicht auf oder unter das Existenzminimum gedrückt wurden:

»In der Tat bemüht sich SYRIZA im Gegensatz zu den Vorgängerregierungen, die Teile der bisherigen Mittelschicht, die noch Reste ihrer sozialen Stellung hatten bewahren können, stärker zur Finanzierung der Staatsschulden heranzuziehen. Das ist in der gegenwärtigen Situation auch kaum anders möglich, da große Teile der Bevölkerung wirtschaftlich bereits ausgeplündert sind. Charakteristisch für das Vorgehen der Regierung sind die Rentenkürzungen vor allem bei den höheren Renten über 1.000 Euro, die von rund einem Drittel der Rentner_innen bezogen werden. Bis 2019 sollen so 8,2 Milliarden Euro gekürzt werden. Gleiches gilt für die Erhöhung der Einkommenssteuern und die Senkung des Grundfreibetrags [für das jährliche Einkommen einer vierköpfigen Familie von 9.100 auf 8.600 Euro, d.Red.]. Die Behauptung des zuständigen Ministers Katrougalos, dass alle künftig ohne Obergrenze 20 Prozent ihres Einkommens für die Rente und sieben Prozent für die Krankenkassen zahlen sollen, ist zwar formal zutreffend; die Tatsache, dass die Beitragszahlungen auch anhand von geschätzten Einkommen vorgenommen werden und in Kombination mit den höheren Steuern Selbstständigen im Extremfall nur 15 Prozent ihres Einkommens lassen, hatte jedoch Katrougalos selbst immer wieder kritisiert, als er noch in der Opposition war.«³

Die Streichung von Steuererleichterungen für die Bauern, die zahlreichen Landwirten das Überleben in der EU ermöglichte, vervollständigte das Programm der Regierung Tsipras zur Erhöhung der Staatseinnahmen.

Die bürgerliche FAZ zitiert am 7.11.16 zu dieser Steuerpolitik, die von den EU-Institutionen zur »Sanierung« Griechenlands durchgesetzt wurde, die Athener »Stiftung für Wissenschafts- und Industrieforschung«: *»Die Erhöhung der Besteuerung hat direkten negativen Einfluss auf das Bruttoinlandsprodukt, die wirtschaftliche Stimmung, das Ausmaß der Steuerhinterziehung und letztlich auf die Nachhaltigkeit des fiskalischen Konsolidierungsprozesses [d.h. die Staatseinnahmen zu erhöhen, d. Red.] und damit auf die Schuldentragfähigkeit.«* Und die FAZ kommentiert: *»Anders ausgedrückt: Griechenland befindet sich in einem Teufelskreis aus Übersteuerung und Rezession.«*

Ein Beispiel dafür sind die Steuereinnahmen durch den Tourismus: Trotz stetig steigender Besucherzahlen sinken die Steuereinkünfte des Staates. Der Grund ist, dass viele Hoteliers aufgrund der gestiegenen Steuern dazu übergegangen sind, ihre Einnahmen und Ausgaben über Bulgarien abzuwickeln. Ähnlich halten es viele Unternehmen, die ins benachbarte Niedrigsteuer-EU-Ausland gehen, soweit es ihnen möglich ist.

Die Entmachtung des griechischen Parlaments

Mit der Annahme der schon in der Mail angesprochenen Schuldenbremse haben die Abgeordneten für die nächsten Jahre auch formal auf ein entscheidendes Recht der bürgerlichen Demokratie verzichtet, das Budgetrecht des Parlaments. Falls ab 2018 ein Haushaltsüberschuss von 3,5 Prozent nicht erreicht wird, sieht der umstrittene Paragraph der automatischen Kostendämpfung vor, dass *»künftig bei Unterschreitung der vorgegebenen Sparziele ohne Parlamentsbeschluss in allen Ressorts bis auf den Verteidigungs-*

September 2016: Aus dem Tagebuch der fünften Solidaritätsreise nach Griechenland:

»Was ist in dem einen Jahr seit unserem letzten Besuch passiert? Nicht nur in Perama, sondern in ganz Griechenland hat sich die Situation der Bevölkerung verschlechtert. Höhere Steuern und massive Kürzungen der Löhne und Renten bereiten den Menschen große Probleme. Die Arbeitslosigkeit wächst. Tragisch ist die Situation zu bewerten, wenn zeitgleich die Löhne sinken und sich die Arbeitslosenrate erhöht.

Babis berichtet, dass die Mitglieder des Zentrums an den Kämpfen gegen die Privatisierung der Flughäfen und des Hafens Piräus teilgenommen haben. Nach dem »OXI« im vergangenen Sommer hat sich die Situation der Bewegungen massiv verändert. Breitgemacht hat sich eine große Enttäuschung, Teile der intakten Bewegungen sind in der Phase der Abwehrkämpfe angelangt. Es ist schwierig nach der großen Enttäuschung wieder auf die Beine zu kommen und weiter zu arbeiten. Aber trotz dieses negativen Klimas ist das Zentrum Perama im Begriff wieder Neues zu organisieren. Die Vollversammlung hat beschlossen, ab Oktober eine Suppenküche zu eröffnen. Es ist notwendig geworden, eine Küche für jede*n zu eröffnen, egal wo eine Person wohnhaft ist, welche Nationalität sie hat, wie ihre Einkommenssituation ist. Die Küche soll offen sein für alle Menschen, die der Hilfe bedürfen. Zu Beginn soll sie an zwei Tagen in der Woche geöffnet werden. Die finanzielle Situation lässt aktuell nicht mehr zu. Wenn aber genügend Mittel vorhanden sind, wird die Küche öfter geöffnet sein. Wichtig ist politische Solidarität zu praktizieren, zusammen zu essen und zusammen zu kämpfen. Finanziert werden soll das Projekt durch das Sammeln von Lebensmitteln (Supermärkte, Wochenmärkte). Alle, die Mitglieder im Zentrum sind, müssen Arbeiten für das Gemeinwohl leisten: Essen sammeln, Tüten für Bedürftige packen, dort helfen, wo Hilfe erforderlich ist.

Das Projekt der Suppenküche ist teuer; für den Aufbau wird viel Geld benötigt, Geld, das auch gern über solidarische Unterstützung aus dem Ausland zusammenkommen darf. Es ist aber wichtig, nicht nur zu kochen, sondern gegen die Depressionen zu kämpfen, die Suizidrate zu senken und

haushalt und das Arbeitslosengeld automatisch gekürzt wird. (Arbeitslosengeld wird in Griechenland für höchstens ein Jahr gewährt, danach gibt es keinerlei soziale Unterstützung mehr, d.Red.) Tsipras erspart sich und den Premierministern der nächsten Jahrzehnte somit jegliche parlamentarische Abstimmung über weitere Rentenkürzungen.«⁴

Die Entwicklung von der parlamentarischen Demokratie hin zum »autoritären Maßnahmestaat«⁵ schreitet auch unter einer von SYRIZA geführten Regierung weiter voran. Davon zeugt auch der Parlamentsbeschluss zu den Privatisierungen.

Ausverkauf für 99 Jahre

»Kaum ein Artikel des gesamten Pakets war so umstritten wie die Verpfändung nahezu sämtlicher staatlicher Besitztümer. Tatsächlich kommen seit Sonntag alle staatlichen Firmen, Besitztümer und Liegenschaften unter die Verwaltung einer Firma, einem neuen Privatisierungsfonds, deren Verwaltungsrat aus fünf Mitgliedern besteht. Zwei der Fünf

⁴ Wassilis Awestopoulos am 24.05.2016 auf »telepolis«

⁵ Gregor Kritidis

³ Gregor Kritidis, »Aufbruch in den Abgrund«, in »ak«, Mai 2016

ein Hoffnungsträger zu sein. Die Arbeit soll ein Kampf gegen die Isolation sein, sie soll die Leute befähigen, mit ihnen zusammen zu kämpfen.

»Wir verabschieden uns vom Ich und nehmen das Wir an!«

Die Schule hat wieder begonnen, aber vielen Eltern fehlt das Geld, um für ihre Kinder Hefte und Stifte kaufen zu können. Im letzten Jahr gab es einen Aufruf und es wurden Hefte gespendet. Auch in diesem Jahr gab es einen solchen Aufruf, aber es gab keine einzige Spende, niemand hat etwas ins Zentrum gebracht. Es geht der Bevölkerung inzwischen zu schlecht. Daher hat die Versammlung Perama Hefte und Stifte gekauft, die jetzt an bedürftige Familien verteilt werden. Die Spende aus St. Georg in Hamburg, die Rolf übergibt, wird dankbar angenommen.

Babis hatte im letzten Jahr davon berichtet, dass sie auf einem kleinen Stück Land einen Gemüsegarten einrichten wollten. Auf die Frage, wie dieser Garten sich entwickelte, wird erzählt, dass das Gemüse dauernd vernichtet wird. Es wird nicht gestohlen, damit es jemandem zum Essen gereicht wird, sondern lediglich zerstört, um es nicht mehr essen zu können. Wir fragen, ob sie eine Vermutung haben, wer so etwas tun könne, ob es Faschisten sein können, die ihre Arbeit behindern wollen. Das wird nicht verneint, nicht ausgeschlossen.

Die Frage nach den Faschisten leitet über zur Tatsache, dass die „Goldene Morgenröte“ seit dem OXI stärker geworden ist; sie kann jetzt ihr zweithöchstes Ergebnis verbuchen und liegt aktuell bei 11% in Griechenland. Auch in Perama sind die Büros der Faschisten weiter vorhanden; auch sie verteilen Lebensmittel, allerdings nur an Griech*innen und sie betreiben ihre Propaganda. Im Hafen von Perama gibt es sogar eine Gewerkschaft der Goldenen Morgenröte, die dafür Sorge trägt, dass nur ihre Mitglieder einen der wenigen Jobs im Hafen bekommen. Zum Glück gibt es nur diese eine faschistische Gewerkschaft in Griechenland. Die schlimmste Stärke der Faschisten ist es aber, dass sie ihre dreckige Propaganda darauf aufbauen können, dass Syriza durch ihre neoliberale Politik die Verschlechterung der sozialen Lage der Bevölkerung herbeigeführt hat und dass sie dies im Namen der Linken getan hat. Das, obwohl Syriza alles macht, nur keine linke Politik, aber europaweit wird deren Politik als linke Politik beschrieben.

sind Vertreter der Kreditgeber. Der Fonds behält laut Gesetz für 99 Jahre das Eigentum und auch das Recht des Verkaufs für den Staatsbesitz.»⁶

Neben staatlichen Betrieben und Einrichtungen wurden über 71.000 Immobilien dem neuen Privatisierungsfond übertragen, der nach dem Vorbild der deutschen Treuhand zur Abwicklung der DDR geschaffen wurde. Weder das griechische Parlament noch die Regierung haben zukünftig noch Einfluss darauf, an wen und zu welchem Preis das staatliche Eigentum veräußert wird.

Zu welchen Bedingungen das griechische Staatseigentum verhöckert werden wird, ist an der Privatisierung der Flughäfen ablesbar. Von den 30 griechischen Regionalflughäfen wurde das Nutzungsrecht an den 14 lukrativsten an die Fraport-AG verkauft. Sie befindet sich mehrheitlich im Besitz des Landes Hessen und der Stadt Frankfurt; aber auch die Lufthansa ist mit 8 Prozent daran beteiligt. Für 1,2 Mrd. Euro erhält Fraport die Betreiberrechte in den nächsten 40 Jahren. 314 Mio. Euro sollen in den nächsten Jahren

Die Versammlung in Perama war nie parteipolitisch aufgebaut, aber die meisten Mitglieder haben am 25.1.2015 Syriza gewählt und im Juli mit „Nein-Ochi“ gestimmt und sind seit einem Jahr, nach dem Syriza das OXI zu einem Ja gemacht hat, zutiefst enttäuscht von dem Verrat. In der Versammlung gibt es heute keine Syrizamitglieder mehr. Ein Mann berichtet uns, dass er sein ganzes Leben die KKE gewählt habe, aber am 25.1.2015 erstmalig dafür geworben habe, Syriza zu unterstützen. Er selbst hat Syriza gewählt, ebenso seine Familie und Freunde. Inzwischen hat er mehrfach Rentenkürzungen erfahren und ist wütend. Seine Rente ist von 502 auf 435 Euro gesenkt worden, der Eigenanteil beim Kauf von Medikamenten ist von 10 auf 25% gestiegen. Er sagt, dass Syriza sie verraten habe. Immer mehr Menschen können inzwischen dabei beobachtet werden, dass sie auf ihrer Suche nach Nahrung oder Kleidung Müllcontainer durchsuchen. Es werden immer mehr Menschen.

Auch die Zwangsversteigerungen von Wohnungen haben begonnen. All diese Politik geschieht unter einer vermeintlich linken Regierung. Die Mitglieder des Zentrums nehmen zusammen mit anderen Organisationen teil an den jeden Mittwoch stattfindenden Gerichtsverhandlungen, in denen es um Zwangsversteigerungen geht. Sie stören die Verhandlungen lautstark und erreichen, zumindest bislang, dass die Verhandlungen dann abgebrochen werden, weil die griechischen Gesetze vorsehen, dass Verhandlungen ohne Störungen zu führen sind. Wer weiß, wie lange diese Strategie noch aufgehen wird und das Gericht Wege findet, sie von den Verhandlungen fern zu halten.«

Der 28-seitige Reisebericht über die Solitaritätsreise ist allen Abonnenten der »Arbeiterpolitik« mit dieser Ausgabe Nr. 4 kostenlos beigelegt. Darüber hinaus ist er auch separat zu beziehen für 3,00 EUR.

Spenden für die von der Reisegruppe unterstützten Initiativen in Griechenland können eingezahlt werden auf das Konto:

Spendenkonto »Griechenland-Soli«
Manfred Klingele-Pape
IBAN DE81 2005 0550 1211 4789 10
BIC HASPDEHHXXX

investiert werden, 22,9 Mio. Euro pro Jahr erhält der griechische Staat als Gebühr. Prognosen besagen, dass die Fraport-AG jährlich 22 Millionen Fluggäste hinzugewinnt, mit steigender Tendenz. Ein Schnäppchen weit unter Wert für den hessischen Flughafenbetreiber. Die Details der Vereinbarung lasten dem griechischen Staat erhebliche Risiken und laufende Kosten auf. Er hat Fraport zu entschädigen bei Ausfällen durch Streiks; er trägt die Kosten für Arbeitsunfälle von Beschäftigten mit Verletzungen und Todesfällen. Die Kosten für Reparaturen oder Ersatz alter Anlagen, beispielsweise Förderbänder, hat für die gesamte Vertragsdauer der griechische Staat zu tragen. Bei Vertragsende bestehende Schulden hat er ebenfalls zu übernehmen, während Fraport von den für alle anderen geltenden Immobilien-Sonderabgabe (ENFIA) befreit ist.

»Schaut man sich den skandalösen Ausverkauf der griechischen Regionalflughäfen an, offenbart sich das ganze Geheimnis der so genannten Griechenland-Rettung, zu deren unwilligem Vollstrecker sich SYRIZA hat machen lassen: Es ist das große Fressen, eine gigantische Neuverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, und zwar mit weitgehend

⁶ Wassilis Awestopoulos am 24.05.2016 auf »telepolis«

außerökonomischen, extralegalen Mitteln, mit Erpressung, Betrug und Gewalt.«⁷⁾

Hartnäckiger, aber zersplitterter Widerstand

Seit Beginn des Jahres reißen Demonstrationen und Streiks gegen die Umsetzung des neuen Memorandums nicht ab. Die Massenmobilisierung erreichte bisher zwar nie den Umfang früherer Protestaktionen – vor allem in den Jahren 2011 bis 2013 gegen das erste und zweite Memorandum. So blieb die Beteiligung an den von den Dachverbänden ausgerufenen Generalstreiks mäßig, und auch die PAME, die gewerkschaftliche Organisation der KKE, konnte über ihre Mitglieder und Anhänger hinaus nicht mobilisieren. Die Proteste erfassten diesmal allerdings auch Bevölkerungsteile, die noch Bestandteile ihrer sozialen Absicherung bewahren konnten und sich in den vergangenen Jahren kaum am Widerstand beteiligten. Die Streiks und Protestaktionen wurden von ihnen mit großer Hartnäckigkeit geführt.

Anfang des Jahres begannen die Bauern mit wochenlang aufrecht erhaltenen Blockaden der wichtigsten Straßenverbindungen in Griechenland. Den Höhepunkt bildete die Sternfahrt mit Traktoren nach Athen am Wochenende des 12./13.2., in deren Verlauf es zu Auseinandersetzungen mit den berechtigten Sondereinheiten der Polizei kam.

Seit Beginn des Jahres streikten die Rechtsanwälte und verlängerten den Ausstand bis zum 15. September. »Nach einem monatelangen Ausstand, der eine Totalblockade sämtlicher Verfahren bedeutete, bestreiken sie nun gezielt sämtliche Verfahren, bei denen es um finanzielle Interessen des Staats geht.«⁸⁾

An den Protesten und Streiks beteiligten sich zeitweise auch andere, selbständige Berufe – so die Steuerberater, Beschäftigte in Architektur- und Ingenieurbüros, als auch die Journalist_innen. Sie folgten in der Regel den Aufrufen der Vorstände/Präsidien ihrer jeweiligen Berufsverbände.

Arbeitskämpfe gegen Privatisierungen

Auf heftige Gegenwehr der jeweils konkret Betroffenen stoßen auch die Privatisierungen. So streikten tageweise immer wieder die Beschäftigten des öffentlichen Personennahverkehrs als auch die Mitarbeiter der Flughäfen. Den erbittertesten Widerstand leisteten die Gewerkschaften in den Häfen von Piräus und Thessaloniki, die Ende Mai in den Ausstand traten. Trotzdem wurde der Verkauf von Piräus im August vom Parlament abgesegnet. Den Gewerkschaften wurde zugesichert, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen geben solle. Dies gilt aber nur bis Ende 2017, wenn der aktuelle Tarifvertrag ausläuft.

Der Kaufpreis für den Hafen beträgt 280,5 Mio Euro für 51 Prozent. Das ist für den Käufer, die chinesische Staatsreederei COSCO, ein schönes Schnäppchen. Bezahlte sie doch bisher für die Miete von nur einem Hafenterminal 50 Mio Euro pro Jahr. Besonders grotesk an dem Verkauf des Hafens von Piräus ist, dass nicht nur Terminals, sondern das gesamte Hafengelände inklusive Infrastruktur, Gebäuden und der Hafenbehörde verkauft wurden! Der griechische Staat hat jetzt noch nicht einmal mehr Hoheitsrechte im wichtigsten Hafen Griechenlands!

Im September beschloss das Parlament auf Druck der EU folgende Betriebe dem Privatisierungsfonds für 99 Jahre zur Verwaltung (und Privatisierung) übergeben:

- die gesamtgriechische Elektrizitätsgesellschaft DIE mit 17.000 Beschäftigten,



Graffiti an einer Hauswand in Athen

- die Wassergesellschaft von Thessaloniki EYATH mit 224 Beschäftigten,
- die Wasser- und Abwassergesellschaft von Athen EYDAP mit 2.500 Beschäftigten,
- die Athener U-Bahn Attiko Metro,
- der Fahrzeughersteller und Rüstungsbetrieb ELBO mit 400 Beschäftigten,
- ein staatliches Bauunternehmen mit 337 Beschäftigten.

»Auf besonderen Widerstand, auch innerhalb der SYRIZIA-Fraktion, stößt die Übergabe der Wasserversorgung an den Superfonds. Hatte doch SYRIZIA vor zwei Jahren, als die damalige ND-PASOK-Regierung die Wasserversorgung von Thessaloniki privatisieren wollte, eine Kampagne und ein Bürgerreferendum angeführt und das »Recht auf Wasser« erfolgreich verteidigt. Auch Ministerpräsident Tsipras hatte sich in der Vergangenheit immer wieder gegen den Verkauf vor allem der Wasserwerke ausgesprochen.

Die Beschäftigten der Wasser- und Verkehrsbetriebe reagierten mit Streiks auf die Ankündigung der Übertragung an den Fonds. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Beschäftigten der Wasserbetriebe in Thessaloniki, George

August Thalheimer

Die Potsdamer Beschlüsse

Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem zweiten Weltkrieg

1945

Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik

August Thalheimer
Die Potsdamer Beschlüsse
1945, Gruppe Arbeiterpolitik,
32 Seiten A5, 1,50 EUR

»Beiträge zur Diskussion«
Weisse Flecken
Über die tatsächliche Geschichte der SU
Dezember 1990, Gruppe Arbeiterpolitik,
74 Seiten A4, 4,00 EUR

7 Gregor Kritidis, »Aufbruch in den Abgrund«, in »ak«, Mai 2016

8 Wassilis Awestopoulos am 20.06.2016 auf »telepolis«

Argovtopoulos, sagte, dass durch eine Privatisierung ihres Unternehmens die Wasserpreise steigen würden, während die Qualität des Trinkwassers unweigerlich sinken werde. ‚Es ist eine finanzielle Kolonialisierung‘, sagte er und kritisierte, dass die deutsche Regierung in Griechenland die Privatisierung des Wassers verlange, während gleichzeitig viele Städte in Deutschland die Wasserversorgung rekommunalisieren.« (http://www.kommunisten.de/index.php?option=com_content&view=article&id=6364:griechenland-und-jetzt-auch-noch-das-wasser&catid=35:europa&Itemid=67; entnommen 16.11.16)

Die Syriza-Regierung ist nur noch Statthalter

Das oben Ausgeführte zeigt, dass die griechische Regierung eigentlich gar keine Regierung mehr ist, da sie gar nichts mehr zu entscheiden hat. Ihr kommt nur noch die Funktion zu, die Vorgaben aus Berlin und Brüssel mit ihrer Parlamentsmehrheit in Gesetzesform zu gießen. Wo sie noch Regierungsfunktionen ausübt, ist im Unterdrücken von Widerstand und im Ausführen der EU-Abschottungspolitik gegen Flüchtlinge: Diese werden aufgrund des EU-Türkei-Abkommens auf den griechischen Inseln festgehalten, wo sie in völlig überfüllten Flüchtlingslagern ausharren müssen.

Bei den Wahlen im September 2015 hatte Syriza wieder die meisten Stimmen erhalten und konnte wieder mit der rechtsnationalistischen ANEL die Regierung bilden. Syriza war in den Wahlgang gegangen mit der Versprechung das Schlimmste zu verhindern: Keine weiteren Rentensenkungen, kein Verkauf der Häfen, kein Verkauf des ehemaligen Flughafengeländes Ellinikó in Athen, keine weitere Senkung des Mindestlohns, Wiederherstellung der Tarifautonomie u.a.

Viele hatten sie deshalb noch einmal gewählt. Doch kein einziges dieser Versprechen konnte die Regierung einlösen. Das war für einen unvoreingenommenen Beobachter auch nicht anders zu erwarten. Doch die Syriza-Regierung hat mittlerweile auch den Standpunkt gewechselt: Die Steuererhöhungen, Rentenkürzungen, Privatisierungen usw. werden von ihr mittlerweile nicht mehr als zu vermeidendes Übel dargestellt, sondern als positiv, notwendig und wichtig, um einen Aufschwung zu erreichen. Sie ist nicht mehr »Anti-Memorandums-Partei«, sondern »Memorandumspartei«. Sie tut das mit der Hoffnung darauf, dass, wenn sie alle Auflagen erfüllt, dann die zugesagten Hilfsmilliarden der EU-Gläubiger fließen werden. Die Unterwerfung ist vollkommen.

Die politische Katastrophe für die linke Bewegung in Griechenland und darüber hinaus besteht darin, dass ein neoliberales Spar-, Kürzungs- und Privatisierungsprogramm von einer »radikal-linken« Partei an der Spitze durchgeführt wird. Alles, was sich als links versteht, wird dadurch zutiefst unglaubwürdig. Die Enttäuschung vieler Aktiver könnte kaum größer sein. Es wird eines völligen Neuaufbaus der Widerstandsbewegung bedürfen und einer gründlichen Aufarbeitung der gemachten Erfahrungen der letzten Jahre.

Angesichts der rücksichtslosen Enteignung öffentlichen Eigentums und der Verarmungspolitik wird es weiterhin Widerstand geben. Bisher scheiterten alle Versuche sie zu stoppen. Das liegt auch daran, dass es für die vielen getrennten Bewegungen keine gemeinsame realistische Perspektive gibt und vor allem niemand, der in der Lage wäre die zersplitterten Bewegungen zu verbinden.

Bisher hat sich die griechische Bevölkerung relativ resistent gegenüber einer extremen Rechtsentwicklung gezeigt. Das liegt sicher auch an der Erfahrung der Solidarität im Widerstand, die wir immer wieder beschrieben haben. Das

muss aber nicht so bleiben. Vor allem die ungelöste Flüchtlingssituation schafft Ansatzpunkte für die faschistische »Goldene Morgenröte«. Griechenland wird von der EU nicht nur wirtschaftlich drangsaliiert, sondern auch politisch allein gelassen. Das spiegelt sich auch hierzulande wider in dem stark nachlassenden Interesse in den Gewerkschaften z.B. an dem, was sich »da unten« abspielt. Es ist unsere Aufgabe dem entgegenzuwirken.

Die Stunde der Kommunisten?

Angesichts des totalen Desasters von und mit Syriza könnte man sich vorstellen, dass die kommunistische Partei Griechenlands, die KKE, einen größeren Einfluss auf die von Syriza enttäuschten und desillusionierten Aktiven ausüben könnte. Die KKE hatte ja die ganze Zeit Syriza von links kritisiert und sie als prokapitalistische und proimperialistische Partei gekennzeichnet. Das Problem war und ist allerdings, dass die KKE selbst niemals bereit war und ist sich an irgendwelchen Debatten oder Dialogen mit Andersdenkenden zu beteiligen. Im Gegenteil, die KKE hat Syriza und ihre Anhänger im Grunde immer denunziert und praktisch abgeschreckt. Im Parlament, in dem sie mit ihrem Stimmenanteil von 5 Prozent nicht ganz unwichtig war und ist, stimmte sie konsequent gegen alles, was Syriza ins Parlament einbrachte. Als Syriza z.B. im Januar 2015 nach den Wahlen eine Regierung bildete, stimmten die KKE-Abgeordneten gegen sie zusammen mit den rechten Parteien und der faschistischen »Goldenen Morgenröte«. Hier wäre mindestens eine Enthaltung nötig gewesen.

In anderen Fällen, z.B. als es um den Zugang zur Gesundheitsversorgung für diejenigen ging, die keinen Beitrag mehr zahlen konnten, war es genauso. So kann die Sprachlosigkeit innerhalb der Linken nicht überwunden werden. Auch auf außerparlamentarischem Gebiet betonte die KKE ihre bewusste Abgrenzung von den an anderen Orten oder zu anderen Zeiten Aktiven.

Die Rolle der KKE weit über Griechenland hinaus hätte es sein können, den unzufriedenen Massen einen Weg hin zu marxistischer Betrachtung der Lage zu vermitteln und entsprechendes Verhalten vorzuschlagen. Sie ist ein romantischer Traditionsverein geblieben, der die Menschen nicht ernst nimmt, sondern nur ideologisch bevormunden will. Solche Zeiten sind jedoch vorbei.

Viele, die jetzt enttäuscht sind, sprechen davon, dass die Syriza-Führung sie verraten habe. Ihr Vorwurf ist, dass die führenden Köpfe, allen voran der Vorsitzende Tsipras, eine völlige Kehrtwende vollzogen haben: Von den schärfsten Kritikern der neoliberalen Verarmungs- und Privatisierungspolitik zu deren Umsetzern und Verfechtern.

Linke Kritiker von Syriza werden einwenden, dass man Syriza schon immer als eine sozialdemokratische Partei eingeschätzt habe. Das habe sich jetzt lediglich bewahrt. Ein Sozialdemokrat könne nun mal die linke Bewegung nicht verraten, da es seine historische Rolle sei, sie wehrlos zu machen und zu integrieren. Dieses Argument vergisst aber den enormen politischen Flurschaden, den die Kehrtwende von Syriza innerhalb der gesamten Linken angerichtet hat. Sowenig wie man die deutsche Sozialdemokratie von ihrer Verantwortung für die kampflose Niederlage vor dem deutschen Faschismus freisprechen darf, sowenig darf man das »Bündnis der radikalen Linken« dafür entschuldigen, dass es die linke Bewegung mindestens in Griechenland auf Jahre hinaus unglaubwürdig gemacht hat. ■

Vom revolutionären Hoffnungsträger zum Beweis für die Untauglichkeit des Sozialismus?

Der heutige russische Nationalismus irritiert nicht nur die Menschen in Deutschland, die – individualisiert – ihrerseits dem Weltmarkt und den Folgen fortschreitender industrieller Technik ausgesetzt sind. Die andauernden militärischen Auseinandersetzungen in der Ostukraine und die Eingliederung der Krim nach Russland haben besonders in den baltischen Staaten Befürchtungen hochkommen lassen und zur Stationierung von NATO-Truppen geführt. Darüber hinaus lässt auch die Unterstützung Assads in Syrien bei uns in den Medien ein negatives Bild der Russischen Föderation unter der Präsidentschaft Wladimir Putins erscheinen; ebenso der bisherige geringe Spielraum für Oppositionelle und das Auftreten national-reaktionärer Gruppen im Lande.

Putin ist nicht Repräsentant einer sozialistischen Organisation. Er kommt aus dem sowjetischen Geheimdienst KGB. Schon von daher sind seine Innen- und Außenpolitik ausgerichtet auf die Sicherheit des russischen Staates. Er muss sich mit der Ausdehnung der NATO auf den ehemaligen Einfluss- und Staatsbereich der Sowjetunion auseinandersetzen, die entgegen anfänglicher Erklärungen (z.B. Genschers) westlicher Politiker weiter durchgezogen worden ist. Der Westen setzt die nach dem Zusammenbruch der SU wirtschaftlich besonders schwache, durch seine Atomwaffen aber militärisch starke Russische Föderation unter Druck: Die kapitalistischen Zentren brauchen frei verfügbare Absatzmärkte sowie Rohstoff- und Energiequellen.

Putins Regierung, die sich auf die Staatsbürokratie stützt, ist Ausdruck der Schwäche der russischen Arbeiterklasse, die nicht zur »Klasse für sich« geworden ist. Mit der orthodoxen Kirche und dem Nationalismus nimmt er das vorrevolutionäre Russland als ideologische Stütze des Staates.

In Deutschland waren viele Menschen von Gorbatschow begeistert. Ohne den geschichtlichen Hintergrund der SU zu berücksichtigen, glaubten sie, »Gorbi« könne die Sowjetunion mit seinen demokratischen Reformen voranbringen und zu einem für uns annehmbaren sozialistischen Vorbild umformen. Umso größer musste ihre Enttäuschung beim Scheitern Gorbatschows sein.

Waren viele Menschen schon von den stalinistischen Methoden abgeschreckt worden, so sahen viele Linke dann das Scheitern des sozialistischen Aufbaus in der SU als Scheitern des Sozialismus überhaupt, sie richteten sich im Kapitalismus ein, zogen sich ins Privatleben zurück.

Die Ursachen für diese Entwicklung ...

... sind nicht in den Eigenschaften, Fehlern oder dem Verat führender Personen zu suchen. Untersuchen müssen wir, was hinter ihrem Handeln steckt; und das liegt im allgemeinen Zustand der Gesellschaft, in den Lebensbedingungen. Eine isolierte Momentaufnahme reicht für eine Erklärung des Zustandes eines Landes nicht aus. Zur Gesamtbetrachtung des Zustandes eines Landes gehören seine geschichtliche Entwicklung, der ökonomische und kulturelle Entwicklungsstand und die weltpolitischen Kräfteverhältnisse.

Russland, China, Vietnam, Cuba sind auch immer als Staaten zu betrachten, in denen versucht wurde aus dem

Zustand vorwiegender Agrarwirtschaft in den Sozialismus aufzusteigen – also ohne die dazu notwendige historische Phase des Kapitalismus, in der die Produktivkräfte entwickelt werden. Sie waren weltweit Vorbilder für das sozialistische Ziel und den Befreiungskampf gegen den Kolonialismus. Nicht nur die Entwicklung zur Deutschen Revolution 1919 erhielt durch sie einen Schub. Auch Mao Tse Tung und Ho Tsching wurden durch die Russische Revolution und Lenins Schriften angeregt. Drückt nun das Nichterreichen dieses Ziels bis auf den heutigen Tag aus, der Sozialismus weltweit sei reine Utopie?

Warum ist der Versuch, in der Sowjetunion eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, gescheitert?

In Russland war im Oktober 1917 eine im Verhältnis zur Masse der Bauernbevölkerung kleine Arbeiterklasse siegreich gewesen. Ca. 100 Millionen Bauern stand eine Stadtbevölkerung von ca. 20 Millionen gegenüber; der feste Kern der revolutionären Arbeiter bestand aus ca. 2 bis 3 Millionen Männern und Frauen und war auf wenige Industriezentren konzentriert. Die von den russischen Revolutionären als Initialzündung beim schwächsten Glied der herrschenden Klassen in Europa gesehene Oktoberrevolution fand jedoch keine siegreiche Fortsetzung im industrialisierten Westeuropa. Die Deutsche Revolution blieb 1918/19 nicht – wie erhofft – siegreich. Das wirtschaftlich und kulturell kaum entwickelte Russland blieb deshalb isoliert. Um sich selbst nicht den Imperialisten zum Fraß vorzuwerfen, sah sich die russische Arbeiterklasse unter ihrer bolschewistischen Führung gezwungen, sich am eigenen Schopfe aus dem Sumpf zu ziehen – entgegen aller theoretischen Einsichten: Wenn die Unmöglichkeit, die Bedürfnisse aller gleichermaßen zu befriedigen in der Geschichte zur Herausbildung gesellschaftlicher Klassen geführt hat, so ist die Überwindung der Klassengesellschaft auch nur möglich, wenn die Bedürfnisse aller befriedigt werden können. Die dazu notwendige Steigerung der Produktivkräfte wird in der historischen Phase des Kapitalismus geschaffen, die eben auch nur eine historische Phase sein kann.

Durch das Ausbleiben der sozialistischen Revolution in den Industriestaaten – wo die Oktoberrevolution dennoch für so viele klassenbewusste Lohnabhängige zum Hoffnungsträger wurde – mussten in Russland die für den Aufbau des Sozialismus fehlenden industriellen und kulturellen Voraussetzungen auf einem isolierten Weg nachgeholt werden. Geprägt wurde diese Entwicklung durch die Eigentümlichkeiten der russischen Geschichte seit 700 Jahren.

Die vielfachen Angriffe asiatischer Völker (Tataren im 11. und 12. Jahrhundert) hatten zu einer verspäteten Verstärkung, einhergehend mit späterer Herausbildung eines Bürgertums, Handwerker und Kaufleute usw. als in Mittel- und Westeuropa geführt. Entsprechend waren auch erst später in einigen großen Städten Industrien aufgebaut worden. Bürgerliche Modernisierungsbewegungen konnten sich nicht durchsetzen: Die Dekabristenbewegung – adlige Offiziere, die die neuen westeuropäischen Ideen nach Russland verpflanzen wollten – ist 1825 gescheitert, und die Narodnaja Wolja – eine Bewegung der russischen Intelli-

Friedrich Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW Bd. 19, S. 224:

Die Spaltung der Gesellschaft in eine ausbeutende und eine ausgebeutete, eine herrschende und eine unterdrückte Klasse war die notwendige Folge der früheren geringen Entwicklung der Produktion. Solange die gesellschaftliche Gesamtheit nur einen Ertrag liefert, der das zur notdürftigen Existenz aller Erforderliche nur um wenig übersteigt, solange also die Arbeit alle oder fast alle Zeit der großen Mehrzahl der Gesellschaftsglieder in Anspruch nimmt, solange teilt sich diese Gesellschaft in Klassen.

S. 225: Aber wenn hiernach die Einteilung in Klassen eine gewisse geschichtliche Berechtigung hat, so hat sie eine solche doch nur für einen gegebenen Zeitraum, für gegebene gesellschaftliche Bedingungen. Sie gründete sich auf die Unzulänglichkeit der Produktion; sie wird hinweggefegt werden durch die volle Entfaltung der modernen Produktivkräfte. Und in der Tat hat die Abschaffung der gesellschaftlichen Klassen zur Voraussetzung einen geschichtlichen Entwicklungsgrad, ... Sie hat also zur Voraussetzung einen Höhegrad der Entwicklung der Produktion, auf dem die Aneignung der Produktionsmittel und Produkte und damit die politische Herrschaft des Monopols der Bildung und der geistigen Leistung durch eine besondere Gesellschaftsklasse nicht nur überflüssig, sondern auch ökonomisch, politisch und intellektuell ein Hindernis der Entwicklung geworden ist.

genz einige Jahrzehnte später – fand nicht den Wiederhall in den russischen Dörfern.

So blieb als letzte Klasse das Proletariat. Nach dem Scheitern der anderen gesellschaftlichen Klassen hatten die russischen Arbeiter die revolutionäre Führung in einer Zeit übernommen, die durch asiatische Despotie und feudale Ausbeutung gekennzeichnet war. Der verstärkten Ausbeutung ausländischer wie russischer Kapitalisten ausgesetzt, konnten sich im spät entwickelten russischen Proletariat keine demokratischen Traditionen herausbilden. Gewerkschaftliche und politische Arbeit ließen die Herrschenden nicht zu. Die Sozialdemokratie musste deshalb im Geheimen wirken. So blieb dem Proletariat nur sich zu ducken oder konsequent zu kämpfen. Dazwischen gab es nichts, wie sich auch 1905 gezeigt hat.

Herrschte Übereinstimmung in der russischen Sozialdemokratischen Partei darüber, dass die Voraussetzungen für eine sozialistische Revolution im Lande fehlten, so gingen die Meinungen über die Rolle der Partei und das Wesen einer sozialistischen Revolution auseinander. Diese geschichtlichen Voraussetzungen Russlands müssen wir berücksichtigen, wenn wir die Entwicklung in der Sowjetunion, ihre abstoßenden Formen und ihr Scheitern verstehen wollen.

Der schwierige Weg des »Sozialismus in einem Lande«

Bürgerkrieg und Interventionskriege der imperialistischen Staaten, die den Zaren wieder einsetzen wollten, hatten nach der Oktoberrevolution zu Hungersnöten geführt. Die industrielle Produktion lag am Boden. Gezwungen, den »Sozialismus in einem Lande« aufzubauen, propagierte deshalb die Führung der Bolschewiki unter Lenin 1923 die Neue Ökonomische Politik (NEP): *Bereichert euch, aber produziert*. Nicht nur die landwirtschaftliche Produktion kam wieder in Gang, die innenpolitische Lage entspannte sich, der Hunger verschwand, die Eisenbahnen fuhren wieder.

Doch die vielen Bauern konnten nicht mit notwendigen Industrieprodukten versorgt werden. Ohne die erwarteten Lieferungen von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten drosselten die Bauern die Belieferung der Städte. Ohne Brot für die Arbeiter keine Maschinen – ohne Maschinen kein Brot. Das vorrangige Ziel des Aufbaus der Schwerindustrie als Grundlage der industriellen Entwicklung ließ die Leichtindustrie und die Konsumgüter hinten anstehen. Diese Zwickmühle ließ die NEP-Politik scheitern. Sie hatte weder die Arbeitslosigkeit noch den Hunger beenden können. Nur große Agrareinheiten, Sowchosen und Kolchosen, konnten mit Maschinen versorgt werden. Hatten die Führung von Staat und Partei zunächst noch gehofft, die Bauern für eine Kollektivierung zu gewinnen, um die Versorgung mit Maschinen so organisieren zu können, so führte die Sabotage von Kulaken und Mittelbauern zu Zwangsmaßnahmen. Bei der Enteignung schlachteten die Kulaken ihr Vieh und zerstörten ihre Vorräte. Aus den siegreichen Kampfgenossen der Grünen Armeen gegen die Invasionsarmeen wurden Feinde. Doch nur durch die Kollektivierung konnte die Produktion landwirtschaftlicher Maschinen und der Waffen zur Verteidigung gegen die Imperialisten gesichert werden. So war dann – nach Lenins Tod – der Stalinismus eine brutale Antwort auf barbarische Voraussetzungen in Russland.

In der Sowjetunion hatte sich die Zusammensetzung der Arbeiterklasse schon nach der Oktoberrevolution stark verändert. Viele klassenbewusste Arbeiter ließen in den Interventionskriegen und im Bürgerkrieg ihr Leben. Die politisch zuverlässigsten Arbeiter wurden im Staatsapparat gebraucht. In den ersten Jahren arbeitslos geworden, kämpften nun viele individuell ums Überleben, hatten nicht das gesellschaftliche Gesamte im Auge. Diese Not führte zu Protesten.

Mit dem ersten Fünfjahresplan wurde 1928 die NEP-Politik abgelöst. Der Plan schaffte eine ungeheure Nachfrage nach Arbeitskräften. War einerseits die Dorfarmut in die Stadt gezogen, so mussten andererseits die durch den Jahresrhythmus der Natur geprägten Bauernsöhne als Werk-tätige zum industriellen Arbeitsrhythmus gezwungen und angeleitet werden. Um die Arbeiter zu motivieren, wurden Arbeitswettbewerbe organisiert (Stachanow), Prämien verteilt, wurde Stücklohn eingeführt. Die Bauern brachten ihr ländliches individuelles Besitzdenken mit in die Fabriken. Mit Analphabeten wurde die Industrie aufgebaut. Ihr Unwissen und Unwille führte dazu, dass Maschinen, Geräte und der Arbeitsfluss gestört bzw. zerstört wurden, was schwere Reglementierung nach sich zog. So bestimmte der Kampf ums Einzeldasein und nicht das gesamtgesellschaftliche Interesse das Bewusstsein der Arbeiter.

Da die Entwicklung der Sowjetunion nicht von einer durch demokratische Erfahrungen lebendige Arbeiterklasse getragen werden konnte, mussten sich Parteiführung und Regierung ersatzweise auf eine Bürokratie stützen. Zu diesem Apparat gehörten nicht wenige, die vom alten zaristischen System geformt worden waren. Sie brachten ihre Gewohnheiten in den Neuaufbau mit hinein. Zwar war das Proletariat die herrschende Klasse, aber sie regierte nicht in demokratischen Selbstverwaltungsorganen. Das kulturelle und technische Niveau der Arbeiter und Bauern war noch nicht zur Fähigkeit einer Selbstverwaltung herangereift. Unter Leitung der Partei führten die qualifiziertesten Kräfte aus der kleinen Arbeiterklasse die Bürokratie.

Bei dem vorhandenen niedrigen kulturellen Stand erforderte die Industrialisierung, von den Bolschewiki als unausweichlich angesehen, undemokratische Zwangsmaßnahmen, die nicht zu den eigentlich notwendigen massenhaften Eigeninitiativen ermutigten. In dieser Kommando-

wirtschaft arbeiteten alle nur nach Anweisungen von oben. Politisch »unsichere Elemente«, kritisch Denkende und Angehörige unsicherer Nationalitäten wurden zur Zwangsarbeit nach Sibirien geschickt. Überall sah die Führung Saboteure, Feinde lauern – und nicht immer war diese Einschätzung falsch. In jeder Abweichung von der Parteilinie wurde deshalb eine Gefahr für den Staat gesehen. Die Liquidierung der alten Führungsgarde der Bolschewiki war Ausdruck des Absterbens der innerparteilichen Demokratie selbst in der Führung der KPdSU.

Mit der Zwangsarbeit wurde hinter dem Ural eine Industrie aufgebaut, die die Grundlage für den Sieg der Sowjetarmee über den angreifenden deutschen Faschismus im 2. Weltkrieg war. Nach 1945 wurden Panzerfabriken umgerüstet zur Produktion von Traktoren. Einige Jahre nach dem 2. Weltkrieg gab es dann rund 30 Millionen Werktätige in der Industrie und zig Millionen Kollektivbauern. Sie waren durch das Bildungssystem der SU gegangen, hatten nicht nur Lesen und Schreiben gelernt, sondern auch technische Qualifikationen erworben. Den wirtschaftlichen Voraussetzungen einer sozialistischen Gesellschaft hatte sich die Sowjetunion durch die Industrialisierung im Laufe ihrer Entwicklung angenähert, von den politischen Voraussetzungen – die in der Revolutionszeit geherrscht hatten – jedoch entfernt: Der Erfahrungshintergrund der unter dem Bürokratismus geschaffenen Industriearbeiter der SU war ein völlig anderer als der siegreichen revolutionären Arbeiterklasse in der revolutionären Phase.

Der Bürokratismus widerspricht dem Wesen der proletarischen Diktatur. Es war der imperialistische Druck, der eine freie innere Entfaltung der Gesellschaft verhinderte. Zwar hatten sich die Werktätigen Fähigkeiten angeeignet, die zur Selbstverwaltung der Wirtschaft und der Gesellschaft erforderlich sind, doch die für den Sozialismus notwendige Eigeninitiative und Übernahme von Verantwortung konnten durch die besonderen gegebenen historischen Voraussetzungen, der imperialistische Druck nach dem 2. Weltkrieg (Kalter Krieg) und das Ausbleiben der Revolution in einem der hoch entwickelten Industriestaaten, von den Werktätigen nicht entwickelt werden. Eine atomatisierte Arbeiterklasse konnte nicht zum Subjekt, zur bewusst handelnden »Klasse für sich« werden. In der SU blieben die Werktätigen der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung gegenüber gleichgültig. Und der stalinistische Terror konnte in der Sowjetunion bis heute nicht aufgearbeitet werden.

Chruschtschow, der (wie die gesamte Führung der KPdSU) der Bevölkerung den Stalinismus nicht erklären konnte, prahlte noch mit einem zu erwartenden Sieg im Wettbewerb der Gesellschaftssysteme. Doch die Wirtschaft der SU wuchs stark quantitativ und nur gering qualitativ. Das große Negativbeispiel war die gescheiterte Steigerung des Getreideanbaus durch die Erweiterung der Anbaufläche auf die kasachische Steppe, was zu Chruschtschows Stolperstein wurde. Und das Aufblühen von Diskussion in der Entstalinisierung (»Tauwetter«) blieb eine kurze Phase. Reichte die Motivation des Sieges über den deutschen Faschismus im Vaterländischen Krieg noch als Motor für den Wiederaufbau der Nachkriegswirtschaft, so wurde die SU-Wirtschaft in der weiteren Entwicklung schon seit den 1970er Jahren durch die Innovationen im Kapitalismus abgehängt. Bedingt durch den Kalten Krieg beschränkten sich eigene technischen Erneuerungen hauptsächlich auf den Rüstungssektor mit seinem Raketenbau. Die propagandistischen Erfolge mit dem Satelliten Sputnik und Gagarin als erstem Menschen im Weltraum täuschten über das Zurückbleiben der Gesamtwirtschaft hinweg.

Wie ein bleierner Mantel hing die Bürokratie über den Werktätigen. In der Schule, wie am Arbeitsplatz und in der

Gewerkschaft zum Gehorsam erzogen, ohne eine erlebte zwingende Notwendigkeit, sich selbst initiativ einbringen zu müssen, begnügten sich die Werktätigen damit, Anweisungen von oben auszuführen. Nicht in selbstbestimmten Organisationen organisiert, fanden sie nicht die Kraft, die Bürokratie zu kontrollieren, selber in Betrieb und Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen und es besser zu machen als die Bürokratie.

Die Ursachen für die Brutalität des Stalinismus und seiner barbarischen Methoden liegen nicht im Charakter einzelner Personen. Sie liegen in den Traditionen des Landes. Da die SU isoliert, allein geblieben war, wirken die Traditionen der Rückständigkeit und Barbarei stärker und länger als wenn sich die Hoffnung auf revolutionäre Unterstützung aus industriell entwickelten Ländern erfüllt hätte. Die barbarischen Methoden waren also bedingt durch den »Aufbau des Sozialismus in einem Lande«, das zudem wirtschaftlich und kulturell rückständig war und dem imperialistischen Druck Stand halten muss(te).

Aus der Kommandowirtschaft ergeben sich Schwierigkeiten

Die Sowjetunion war nach dem 2. Weltkrieg außenpolitisch zur Weltmacht geworden. Doch im Inneren stagnierte die Entwicklung, funktionierte so vieles nicht mehr. Mangelnde Initiative und Bereitschaft von unten, Verantwortung zu übernehmen, bedeutete Ausweitung der Bürokratie. Mit dem Anwachsen der Wirtschaft wuchsen die Aufgaben der zentralen Planung bis ins Einzelne: z.B. Materialversorgung der Fabriken, Transport, Lagerung, Umweltverschmutzung. Ein Überhang an unproduktiven Werktätigen musste abgebaut werden. Zu wenige Konsumgüter – dazu mangelnde Qualität – führten zum Schlangestehen, zu Unzufriedenheit.

Unter diesen Bedingungen wurde der industrielle Rückstand gegenüber dem kapitalistischen Westen eklatant. Gorbatschow, 1985 zum Generalsekretär der KPdSU gewählt, bemühte sich um Reformen – Perestroika. Die Werktätigen konnten seine Anstöße jedoch nicht in Eigeninitiativen ummünzen. Gorbatschow stemmte sich mit »Glasnost« gegen die Verkrustungen, fragte die Werktätigen in den Betrieben, was sie sich von Partei und Regierung wünschten und sprach auch die Nationalitätenfrage an: Aus Sicherheitsgründen waren im 2. Weltkrieg Nationalitäten hinter den Ural umgesiedelt worden; in jeder großen Fabrik war der Direktor ein Russe und sein Stellvertreter aus der jeweiligen Nationalität: Schon an solcher Personalpolitik zeigten sich die Probleme SU im Umgang mit den Nationalitäten. Gorbatschow schuf mit seiner Perestroika Freiräume, die von Künstlern, Intellektuellen und Medien genutzt wurden und erklärte die Niederschlagung des Ungarnaufstands von 1956 sowie den Einmarsch in die CSSR von 1968 für unannehmbar. Er sah jedoch nicht die mangelhaften Voraussetzungen in der werktätigen Bevölkerung: die Mentalität der im Stalinismus entstandenen neuen Arbeiterschaft, nur auf Anweisungen zu arbeiten, eine Mentalität die letztlich in der langen Leibeigenschaft unter dem Zarismus wurzelt und durch die stalinistischen Methoden bei den Werktätigen verfestigt wurde.

Entsprechend musste sich dann auch der Versuch, mit Anteilsbescheinigungen für die Betriebsangehörigen ein Eigentumsgefühl zu erwecken, um so Verantwortung und Effizienz im Wirtschaftsleben zu erreichen, ins Gegenteil verkehren und ein Einstieg in die Privatisierung der Produktionsmittel werden. Mit den Papieren konnten die Werktätigen nichts anfangen und gaben sie für einen geringen Betrag an diejenigen ab, die die »richtigen« Beziehungen hatten, die Direktoren, Partei- und Komsomolfunktionäre.

Die Passivität der Werktätigen war die Voraussetzung für die Übernahme der Betriebe durch die Personen aus der Nomenklatura, die zu Oligarchen wurden.

Seine persönlichen Erfolge im Westen bestärkten Gorbatschow in dem Glauben, die Systemkonfrontation mit den USA abzubauen und gleichzeitig die Sowjetunion weiterentwickeln zu können. Seine Bitte an die G7 um Milliardenkredite wurde jedoch unter dem bestimmenden US-Einfluss abgelehnt. So geriet Gorbatschow zwischen alle Stühle: Die Masse der Werktätigen konnte nicht für die Reformen mobilisiert werden; in der Parteiführung stellten sich die Konservativen gegen ihn. Durch den (gescheiterten) Putsch der Generalität und mehrerer Minister gegen seine Reformpolitik konnte sich Jelzin profilieren. Gorbatschow trat 1991 als Präsident der SU zurück.

Schlussbetrachtung

Der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung in der SU ist also letztlich daran gescheitert, dass dafür bei der Oktoberrevolution die wirtschaftlichen und kulturellen Voraussetzungen fehlten und die Revolution in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern ausblieb: In keinem Industrieland haben sich erfolgreiche revolutionäre Kräfte entwickeln können. Vor diesem Hintergrund ist eine national ausgerichtete Außenpolitik der SU zu sehen. Und das ist auch der Boden für heutigen Nationalismus in Russland.

Ein Hauptproblem ihres Weges lag darin, dass die während der Industrialisierung dazugekommenen Werktätigen das für ein selbständiges Handeln notwendige Klas-

senbewusstsein nicht in der Auseinandersetzung mit der Herrschaft der Kapitalisten erringen konnten. Ein anfangs notwendiger, gängelnder Bürokratenapparat konnte nicht überwunden und eine innerparteiliche Demokratie nicht erreicht werden. Es blieb bei der Passivität der Masse der Bevölkerung.

Die aufgrund der wirtschaftlichen Sanktionen des Westens heutige schwierige wirtschaftliche Lage der Russischen Föderation lässt Putin nun die Gouverneure der russischen Regionen auffordern, Nichtregierungsorganisationen stärker in ihrem Engagement zu unterstützen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich Initiativen aus der Bevölkerung entwickeln.

In den letzten Jahrzehnten ist die soziale Ungleichheit in den Industriestaaten stark angestiegen, mit ihr die Unzufriedenheit vieler Menschen aufgrund fehlender sozialer Perspektive. Ausdruck findet diese Entwicklung in fremdenfeindlichen Stimmungen, im Brexit Großbritanniens, im Anwachsen des FN in Frankreich, der AfD in Deutschland und der Wahl Trumps in den USA – aber noch nicht in einer Klassenbewegung der Lohnabhängigen. Die Proteste bleiben in den Grenzen der bürgerlichen Gesellschaft. Suchen die Lohnabhängigen nach Orientierung, so kann Russland ebenso wenig Vorbild für Klassenbewegungen in der Welt sein, wie als Beweis für die Untauglichkeit des Sozialismus dienen. Aber das Wissen um die Ursachen des Scheiterns des ersten Versuchs, den Sozialismus aufzubauen kann bei der Überwindung der Widersprüche im Kapitalismus hilfreich sein.

Oktober 2016 ■

Kapitalismus in Russland

Das heutige Russland ist zweifellos kapitalistisch. Doch von welcher Art ist dieser Kapitalismus, wie sind seine Produktionsstrukturen, seine Verflechtung in den Weltmarkt, seine Fähigkeit, den gesellschaftlichen Bedarf zu decken? Wie ist das politische Regime einzuordnen? Was ist von den Errungenschaften, aber auch den Belastungen der sowjetischen Epoche und des sozialistischen Aufbaus heute übrig geblieben? Welche Rolle spielen die Arbeiterklasse, die Gewerkschaften, kommunistische und andere linken Parteien? Wer über das heutige Russland nachdenkt, sollte sicher als Vorbedingung seine Vorgeschichte aus dem Aufstieg und dem Zusammenbruch der Sowjetunion in die Analyse einbeziehen; doch je weiter diese Vergangenheit nunmehr zurückliegt, desto wichtiger ist es, solche Fragen aus der Gegenwart heraus zu beantworten.

Das Erbe der Sowjetunion

Die russische Revolution 1917 hätte nach herrschender Lehrmeinung der II. Internationale gar nicht gelingen können, weil das Land zu den rückständigsten in Europa gehörte. In internationaler Perspektive gesehen, setzten die Bolschewiki gewissermaßen den zweiten Schritt vor den ersten. Sie hofften, dass die Revolution im Westen folgen werde. Diese notwendige Phase des Übergreifens der revolutionären Bewegung auf die weiter entwickelten Zentren des Kapitalismus aber blieb aus. Russland bzw. die Sowjetunion war in der Folge ein von Feinden umstelltes Land, die sozialistische Gesellschaftsordnung musste sich Überlebensbedingungen anpassen.

Lenin zog daraus den Schluss, es sei von entscheidender Bedeutung, »dass die Staatsmacht in den Händen des Pro-

letariats bleibt und sich festigt« (Referat über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer, 1921). Was aber ergab sich daraus, dass sich unter diesen Umständen die sozialistische Perspektive auf die Erhaltung der Staatsmacht konzentrierte, wenn nicht gar zeitweise reduzierte? Es folgten so unterschiedliche Perioden wie die Neue Ökonomische Politik (NEP, kontrollierte Wiedereinführung kapitalistischer Methoden), die Kollektivierung der Landwirtschaft mit Zwangsmaßnahmen, die Industrialisierung im Zeichen der inneren und äußeren Bedrohung, Experimente und Stagnationserscheinungen der Nachkriegszeit – all das ist bekannt und von uns wiederholt thematisiert worden.

Seit 1991 gibt es die Sowjetunion als real existierenden Machtfaktor nicht mehr. Was ist geblieben? Es hat eine Industrialisierung gegeben; der sowjetische Staat übernahm mit der zentralisierenden Planwirtschaft die Aufgabe, zu der die schwache russische Bourgeoisie der Zarenzeit wohl nicht imstande gewesen wäre. Daraus resultierte die Entwicklung einer Arbeiterklasse, die es zuvor nur in Insellagen (Moskau, Petersburg, Donezbecken) gab. Dies und die Leistungen der Industrie ermöglichten den weltgeschichtlichen Sieg über den Faschismus in Europa. Es gab eine wahre Bildungsrevolution: 1917 konnte die Bevölkerung zu zwei Dritteln nicht lesen und schreiben, Ende der 1970er Jahre hatte die sowjetische Gesellschaft eine der weltweit höchsten Quoten an Hochschulabsolventen.

Auf der anderen Seite stehen die Opfer: In erster Linie musste die Landwirtschaft den Mehrwert für die Industrialisierung aufwenden und bezahlte mit Rückständigkeit in den eigenen Produktionsmethoden. Die Industrie war zu Höchstleistungen fähig (vgl. Weltraumfahrt, Rüstungs-

dustrie), doch die Probleme lagen in der Gewährleistung der Massenproduktion für die Bedürfnisse der Bevölkerung. Ab den 1960er Jahren, als begonnen wurde, die Ölvorkommen in Westsibirien zu erschließen, degradierte sich das Land auf dem Weltmarkt zum Rohstofflieferanten und versuchte auf diese Weise, gesellschaftliche Bedürfnislagen weiterhin zu befriedigen und gleichzeitig »die Staatsmacht in den Händen des Proletariats« zu behalten.

Die Einführung des Kapitalismus in Russland

Wenn der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion eine wichtige und insgesamt ertragreiche Epoche der Weltgeschichte und der russischen Nationalgeschichte war, so ist es notwendig, zu untersuchen, was im heutigen kapitalistischen Russland davon übrig geblieben ist. Zunächst stellt sich die Frage, wie der Kapitalismus nach Russland kam, welche Kräfte dafür verantwortlich waren und warum die Arbeiterklasse ihnen zu wenig Widerstand entgegensetzte.

In der Amtszeit Gorbatschows als letztem KPdSU-Generalsekretär und Staatsoberhaupt der UdSSR war der Niedergang der sowjetischen Wirtschaft nicht mehr zu verschleiern. Wichtige Wegmarken auf dem Weg zur Auflösung der Sowjetunion waren zuvor auch das Scheitern der Invasionen in Afghanistan und der Atomunfall von Tschernobyl (26.4.1986) gewesen.

1989 erkannte das Politbüro offiziell an, dass Güter des alltäglichen Bedarfs wie Schulbücher, Bleistifte, Rasierklingen, Teekannen, Schuhe u.v.m. im staatlichen Handel nicht mehr oder nur unter Schwierigkeiten zu bekommen waren. Sie tauchten zu überhöhten Preisen in den 1987 (erstmalig seit der NEP) erlaubten privaten Läden und Kiosken auf. Hierdurch machte sich soziale Ungleichheit stärker geltend, Armut nahm zu. Im Sommer 1989 streikten die Bergleute von Sibirien bis zum Donezbecken (u.a. ging es um die Zuteilung von Seife). Hier soll zum ersten Mal die Forderung nach mehr Autonomie der Ukraine (im Sinne von Regionalisierung) aufgetaucht sein, weil Teile der Streikenden von der Annahme ausgingen, dass eine ukrainische Führung ihren Anliegen besser Rechnung tragen würde als die Zentrale in Moskau (nach Lauterbach, »Das lange Sterben der Sowjetunion«, S. 155, sei das » ... eine folgenschwere politische Entwicklung« gewesen, da die »Bergleute begannen, sich für die Parole der ukrainischen Unabhängigkeit zu erwärmen, für die sie zuvor wenig übrig gehabt hatten«; bekanntlich gab es zu dieser Zeit auch andere Formen von »Unabhängigkeitsbewegungen«, z.B. im Kaukasus, die sich gegenseitig hochschaukelten).

In dieser Situation diskutierte die Parteiführung offenbar erstmals offen über die Zukunft des Sozialismus in der UdSSR. Im Herbst 1989 lagen drei ausgearbeitete Pläne vor: systemkonforme Änderungen zur Beibehaltung und Weiterentwicklung der sozialistischen Planwirtschaft (Ministerpräsident Ryschkin), ein 500-Tage-Plan zur Einführung der kapitalistischen Marktwirtschaft (der zu den Reformern zählende Schatalin) und ein weiterer von Abalkin (vgl. Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion 1917 – 1991, München 1998, S. 1044 – 1047). Die Politik Gorbatschows in den nächsten zwei Jahren zeigte, dass er zwischen diesen Varianten unschlüssig hin und her lavierte. Die Beschlüsse des letzten Parteitags der KPdSU vom 3. – 19. Juli 1990 bestätigten die Tendenz mit der Aufhebung des Parteimonopols.

In der Volksabstimmung am 17. März 1991 sprachen sich noch 77,8 Prozent der Wähler in neun teilnehmenden Unionsrepubliken für den Fortbestand der Sowjetunion aus. Aber was meinten sie damit: den territorialen Zusammenhang oder auch den Sozialismus und seine Weiterentwicklung? Gorbatschow veröffentlichte einen Plan zur Ersetzung der sozialistischen Sowjetunion durch eine

kapitalistisch-keynesianisch bestimmte »Union der Souveränen Sowjetrepubliken«. Der Putsch gegen ihn (19.8.1991) von Teilen des Militärs, des Staats- und Parteiapparates sollte den Zerfall noch einmal stoppen, scheiterte jedoch kläglich. Die politischen Führungen einzelner Unionsrepubliken vollzogen nun den endgültigen Bruch mit ebenfalls putschartigen Maßnahmen: dem Verbot der KPdSU auf dem Territorium Russlands (29.8.1991) und dem Beschluss der Präsidenten von Russland (Jelzin), Ukraine (Krawtschuk) und Belarus (Schuschkewitsch) zur Auflösung der Sowjetunion (8.12.1991), verbunden mit dem Versuch der Gründung einer »Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS)« auf dem Gebiet der bisherigen UdSSR. Das Ende markierten der Rücktritt Gorbatschows zum Jahresende und das Einholen der Sowjetflagge über dem Kreml.

Die Machtübernahme der Jelzin-Gruppe

Die Transformation der Ökonomie des Sowjetsozialismus in den postsowjetischen Kapitalismus steht mit der sich jeweils verändernden Rolle des Staates von Jelzin zu Putin in engem Zusammenhang. Um die sowjetische Planwirtschaft zu beseitigen, mussten Partei und Staat selbst aufgelöst, zumindest stark deformiert und bis zur Unkenntlichkeit geschwächt werden. Diese Arbeit leistete das Jelzin-Regime. Den Gewinn hatten nun entstehende einheimische Kapitalisten und – in geringerem Maße – auswärtiges Kapital. Anfangs waren radikale Maßnahmen notwendig. Im späteren Verlauf jedoch trat die Situation ein, dass die Schwächung des Staates weit über das für die Kapitalistenklasse notwendige und nützliche Maß hinausgeschossen war (Dezentralisierung der Steuerverwaltung, Souveränitätserklärungen von Republiken, Gebieten und Kommunen, Aufstände in Randgebieten usw.), so dass der Staat im territorialen und ordnungspolitischen Sinne auseinanderzufallen drohte.

Zu den ersten Maßnahmen gehörten das Beseitigen von Widerständen gegen den neuen Kurs, die Gleichschaltung von Verfassungsorganen, die Bündelung der Macht in den Händen der Exekutive und die Verfolgung der politischen Gegner. Das alles kulminierte 1993 im Putsch gegen den Obersten Sowjet, wie das Parlament des souveränen gewordenen Russlands zunächst noch hieß. Es war auch noch in der Mehrheit mit Abgeordneten aus der Sowjetzeit zusammengesetzt, die gegen den scharfen Privatisierungskurs waren. Als dem Präsidenten ein Amtsenthebungsverfahren drohte, ließ er Panzer auffahren und das Parlament zusammenschießen. Anschließend wurde eine neue Verfassung ausgearbeitet, in der die zunächst provisorisch verliehenen außerordentlichen Vollmachten für Jelzin festgeklopft wurden und in der das – relativ machtlose – neue Parlament mit der Bezeichnung »Staatsduma« bewusst an die Zarenzeit anknüpfte. Auch der doppelköpfige Zarenadler und die Farben »Weiß-Blau-Rot« als Flagge wurden wieder eingeführt. Die offizielle Opferbilanz lautete auf 187 Tote und 437 Verletzte und wurde von Beobachtern und Experten von vornherein für zu niedrig gehalten. Zu den Verhafteten und wegen »Hochverrats« angeklagten Politikern gehörten auch prominente Gegner Jelzins wie der Vizepräsident Ruzkoj und der Vorsitzende des Obersten Sowjets Chasbulatow (dieser übrigens ein Tschetschene). Einige Tage vor dem Putsch soll der Direktor des IWF (Internationaler Währungsfonds), Michel Camdessus, bei Jelzin angerufen und damit gedroht haben, dass eine Kredittranche von 3 Mrd. \$ bei fortdauernder Verweigerung des Obersten Sowjets, den neoliberalen Kurs zu akzeptieren, nicht ausgezahlt werden könne.

Verbündete suchte sich Jelzin bei den Chefs der Teilrepubliken (ca. 20), die es innerhalb Russlands gibt, und

der Verwaltungskörperschaften (ca. 70). Sie hatte er schon 1990 aufgefordert: »Nehmt euch jeder soviel Souveränität, wie ihr tragen könnt«, d.h., sie sollten es ihm gleich tun und seine Spießgesellen werden. Sie nahmen ihn beim Wort. Die ölreichen Republiken Tatarstan, Baschkortostan und Kalmückien forderten so weitgehende Rechte, darunter natürlich die unbeschränkte Verfügung über ihre Einnahmen und die Besteuerung ihrer Bürger, dass sie einem Austritt aus der Russischen Föderation faktisch gleichkamen. Die »Sibirische Übereinkunft«, ein Zusammenschluss sibirischer Gebietskörperschaften, beschloss gleiches Vorgehen zur Sicherung ihrer Erdgaseinkommen. Überall wurde die Machtfrage gestellt. Am folgenschwersten war das in Tschetschenien, wo offen die völlige Trennung von allem gefordert wurde, was den russischen Staat darstellte. Zu Jelzins Zeiten gelang es der russischen Armee nicht, die Autorität der Moskauer Zentrale in der Kaukasusrepublik wiederherzustellen.

Die Schockstrategie der Jelzin-Jahre

Die nach dem Untergang der Sowjetunion rasch ganz Osteuropa erfassenden Privatisierungs- und Liberalisierungsstrategien zur Enteignung der bisher sozialistischen Volkswirtschaften sind in der Literatur zutreffend als »Schockstrategie« (Naomi Klein, Joseph Stiglitz u.a.) bezeichnet worden. Im Folgenden beschränken wir uns auf die Benennung einiger Eckpfeiler dieses Prozesses.

Die Regierungen Russlands und der meisten anderen bald so bezeichneten »Transformationsländer« kamen den IWF-Forderungen (zusammengefasst im »Washington-Consensus« von 1990) entgegen, weil es ihnen dabei um das Anlocken ausländischer Investoren ging. Das war der Kern dieser »Reformen«. Ohne sie hätte es auch keine Unterstützung vom Westen im innenpolitischen Machtkampf gegeben.

Schon am 2. Januar 1992, also zwei Tage nach dem offiziellen Ende der Sowjetunion, gab Gaidar als Jelzins erster Ministerpräsident die Preise frei. Das Ergebnis war, dass der ohnehin seit den siebziger Jahren bestehende Geldüberhang zu einer gigantischen Hyperinflation aufgebläht wurde, die laut IWF im selben Jahr bei 1353 Prozent stand und schrittweise bis 1997 auf 14 Prozent abnahm. Es folgten die Privatisierung der staatlichen Betriebe und damit verbundene Massenentlassungen, die Einführung einer Mehrwertsteuer in Höhe von 28 Prozent etc. Die Absicht hinter diesen Maßnahmen war, die Produktion auf kapitalistische Weise anzukurbeln, die Inflation in den Griff zu bekommen, die Konvertibilität des Rubels auf dem Weltmarkt herzustellen und ausländische Investoren anzulocken.

Wo gingen diese Betriebe hin? Der russischen Bevölkerung wurde ein »Volkskapitalismus« (Begriff von Margret Thatcher) vorgegaukelt, was in der Praxis hieß, dass an alle russischen Staatsbürger so genannte Vouchers ausgegeben wurden. Mit diesen konnten ab 1992 von allen Betrieben mit weniger als 200 Beschäftigten im Handels- und Dienstleistungsbereich, der Leichtindustrie sowie dem Transportwesen entsprechende Anteile erworben werden. Das Dumme war nur, dass die Hyperinflation gerade die Sparkonten geleert hatte. Viele der neuen »Volkskapitalisten« verkauften ihre Voucher. Im Endeffekt profitierten v.a. ehemalige Betriebsdirektoren.

Ab 1993 wurden die mittleren und großen Betriebe privatisiert. Faktisch gingen in der Mehrzahl der Fälle die Aktien an das bisherige Management. Vielfach knüpfte diese Art der Privatisierung an eine Entwicklung an, die ihren Ausgangspunkt noch im Sozialismus gehabt hatte: Nach 1987 wurden im Zuge der »sozialistischen Marktwirt-

schaft« frühere Ministerien bzw. Hauptverwaltungen der Wirtschaft in Konzerne umgewandelt. Ein Beispiel dafür ist das Ministerium für Gasindustrie, das in den Konzern Gazprom überführt und für 22,8 Mio. \$ teilprivatisiert wurde – diese Anteile gingen in die Hände der ehemaligen Direktoren über.

Die Eigentumsformen veränderten sich zwischen 1990 und 1997 grundlegend. Der Anteil der Beschäftigten in Staatsbetrieben ging von 86 auf 45 Prozent zurück, der in Privatbetrieben stieg von 12,5 auf 38,7 Prozent. Ein reichliches Drittel arbeitete in einem gemischten Sektor. Das reine, als solches gegründete Privateigentum spielt in Russland immer noch, relativ gesehen, eine geringe Rolle. Große Bedeutung hat Eigentum, das weiterhin von Bürokraten kontrolliert wird, oder solches, das seinen Ursprung im Staatssektor hatte. Darüber hinaus gibt es zahlenmäßig sehr viele Betriebe, bei denen Belegschaftseigentum eine wichtige Rolle spielt, wenn ihr wertmäßiger Anteil am Gesamtkapital auch niedrig ist. Eine vergleichsweise geringe Rolle spielen ausländische Konzerne.

Zwar war die Privatisierung in Russland nicht so durchgreifend wie in anderen osteuropäischen Staaten, aber es kam in ihrer Folge zu einer weitgehenden Deindustrialisierung. Auf der einen Seite waren die Strukturen des RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe: UdSSR und Verbündete) unwiderruflich zerschlagen, andererseits entwickelte sich eine auf dem kapitalistischen Weltmarkt konkurrenzfähige Wirtschaft so eben nicht. Da die Nationalökonomie nun nicht mehr nach dem Prinzip des gesellschaftlichen Bedarfs (plus politischen, militärischen etc. Notwendigkeiten) organisiert, sondern durch das Profitinteresse der Einzelkapitalisten gesteuert wurde, warfen diese sich auf die für sie profitablen Bereiche. Diese bestanden in dem Export von Erdöl, Erdgas und Steinkohle (1996 umfassten sie 46 Prozent) sowie von Schwarz- und Buntmetallen (15 Prozent). Die Ausfuhr von Maschinen und Ausrüstungsgegenständen erlöste gerade mal 9,4 Prozent. 1996 erreichte die Industrieproduktion insgesamt 43,6 Prozent des Standes von 1989.

Die gesamtwirtschaftliche Produktion in Russland ging von 1990 bis 1996 Jahr für Jahr zurück. In diesem Zeitraum verringerte sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Russland insgesamt um etwa 40 Prozent und nahm dann ab 1999 jährlich zwischen 5 und 10 Prozent zu. Noch im Jahr 2010 lag die russische Industrieproduktion laut Statistikamt bei nur 83,8 Prozent des Niveaus von 1991; im Fahrzeugbau lag der Ausstoß sogar nur bei 49,6 Prozent.

Soziale und politische Folgen

Die Menschen im neuen, für souverän erklärten Russland kamen vom Regen in die Traufe. Im Laufe des Jahres 1992 stiegen die Rubelpreise für Eier um 1900 Prozent, für Seife um 3100 Prozent, für Brot um 4300 Prozent und für Milch um 4800 Prozent. Auch für die Unternehmen entwertete sich das Geld, für Investitionen blieb nichts übrig. Das Land lebte von der Substanz. Für die Wirtschaft war zusätzlich verheerend, dass die bisherige unionsweite Arbeitsteilung durch die politischen Grenzen zerrissen wurde. Beobachter in Russland wie im Westen sind der Auffassung, dass ein Massensterben durch Hunger und Unterversorgung nur deshalb verhindert werden konnte, weil es großen Teilen der russischen Bevölkerung gelang, »mit einem Spaten und einem Sack Saatkartoffeln« zur Landwirtschaft zurückzukehren und sich von dort zu ernähren.

Anders sahen das die russischen »Reformer« wie Jegor Gaidar (Ministerpräsident) und Anatoli Tschubais, konvertierte Anhänger des Neoliberalismus, die die »Erfolge« auf die Liberalisierung der Preise zurückführten. Sie setzten

Bruttoinlandsprodukt Russlands

(Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr in Prozent und Vergleich mit 1990)

Wirtschaftsjahr	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Veränderung zum Vorjahr (real)	-1,6	-3,0	-5,0	-14,5	-8,7	-12,7	-4,0	-3,6	-1,4
Im Vergleich zu 1990 (= 100 %)	103,1	100,0	95,0	81,2	74,2	64,7	62,1	59,9	60,7

bewusst auf eine »Schockstrategie«, um ihre Pläne durchzusetzen und jeden Widerstand an der Wurzel auszuschalten. Die als historisch empfundene Niederlage des Sozialismus in Osteuropa hat Massen von Funktionären und Mitgliedern der KPdSU ins kapitalistische Lager überlaufen lassen, wo immer sie dann politisch im einzelnen hängen geblieben sind.

Einen Eindruck davon gibt die folgende Schilderung (Lauterbach, »Das lange Sterben der Sowjetunion« Hamburg 2016, S. 172): »Anatoli Tschubais, Chef der russischen Privatisierungsbehörde, war sich der dünnen gesellschaftlichen Grundlage unter dem Systemwechsel bewusst. Ihm und seinen Kollegen war klar, dass die Reformen zu Lasten der großen Mehrheit der ›Sowki‹ gingen. Das war damals ein neues Wort. ›Sowok‹, der Singular dieses Wortes, steht einerseits verächtlich für ›sowjetischer Mensch‹. Es bedeutet andererseits wörtlich ›Kehrschaufel‹. Das war das Menschenbild der um die Reformer gruppierten neuen Oligarchie. Tschubais setzte deshalb darauf, im Rekordtempo eine Unternehmerklasse aus dem Boden zu stampfen, die das Interesse und die Mittel hatte, eine Rückkehr zu sowjetischen Verhältnissen zu verhindern. Der Kapitalismus in Russland startete als Minderheitenprojekt, als Putsch der Gewitzten und Rücksichtslosen. Das ist keine moralische Kritik im Namen einer angeblich gerechteren ›Volksprivatisierung‹. Es lässt sich einfach am russischen Beispiel mit besonderer Intensität und in höchster zeitlicher Konzentration studieren, wie diese Eigentümerklasse entstand und sich gegenüber der Gesellschaft positionierte.«

Der Übergang von der sozialistischen Planwirtschaft zur kapitalistischen Marktwirtschaft führte in die ökonomische und soziale Katastrophe: »Die Folgen waren verheerend, einem Krieg ähnlich. Das Bruttoinlandsprodukt sank bereits 1992 um 19 Prozent und stürzte in den folgenden Jahren weiter ab; 1993 um 12 Prozent und 1994 um 15 Prozent. Die Industrieproduktion, ohnehin bereits am Boden, sank noch darunter, ins sprichwörtliche Bodenlose, sie ging zwischen 1991 und 1993 um ein Drittel zurück. Lohn- und Rentenauszahlungen ließen oft monatelang auf sich warten, was sie wegen der Hyperinflation völlig wertlos machte. Die Armut drang als Massenphänomen in die russische Gesellschaft ein. Einer Studie der UNICEF zufolge versank das Land zwischen 1991 und 1992 geradezu in extremer Armut. Waren es 1991, dem Jahr der Auflösung der Sowjetunion, noch 14 Prozent, die als statistisch arm, und 2,5 Prozent, die als sehr arm galten, schnellten die Zahlen ein Jahr später auf 55,9 Prozent (arm) und 31,3 Prozent (sehr arm) in die Höhe. Innerhalb von zwölf Monaten blutete praktisch die ganze Gesellschaft aus.« (Hofbauer, »Feindbild Russland«, Wien 2016, S. 109 f.)

Hofbauer schiebt die Verantwortung hierfür – neben dem IWF – großenteils dem US-amerikanischen Finanzministerium zu, benennt auch direkt einzelne hervorgehobene Personen und stützt sich dabei u.a. auf Angaben von Joseph Stiglitz (US-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler, Vertreter des Neokeynesianismus, ehemaliger Chefökonom der Weltbank von 1997 bis 2000). Diese Zusammenhänge darzulegen, ist richtig und verdeutlicht

die offenbar gleichlaufenden Interessen der Jelzin-Gruppe und der Kapital- und Machtgruppen im Westen. Darüber darf jedoch nicht vergessen werden, wofür etwa die Namen Gaidar und Tschubais stehen: nämlich den festen und zielstrebigsten Willen »gewendeter« ehemaliger (teils sehr junger) Sowjetfunktionäre zur Einführung des Kapitalismus in Russland.

Es folgte das Trauerspiel mit Jelzins Alkoholismus, dessen Eskapaden zu entsprechenden Schlagzeilen und Anekdoten reizten, im Ernst jedoch äußere Anzeichen des fortschreitenden Kontrollverlusts des Staates über den gesellschaftlichen Reproduktionsprozess im kapitalistischen Russland deutlich machten. Drastisch zeigte sich das in der tiefen Wirtschaftskrise 1998/9 und der erklärten Zahlungsunfähigkeit des russischen Staates im August 1998 (die Rückzahlung privater Auslandsschulden wurde für 90 Tage ausgesetzt und die Bedienung kurzfristiger Staatsanleihen eingestellt). Da die durch diese Verhältnisse entstandene Rechtsunsicherheit auch der neuen Kapitalistenklasse zu viel wurde, vollzog sich nun der Aufstieg Putins.

Die Konsolidierung unter Putin

Im allgemeinen Klasseninteresse des Kapitals musste nun im kapitalistischen Rahmen wieder ein starker Staat her, der den Kapitalisten (Oligarchen u.a.) eine feste und für alle geltende Ordnung aufzuzwingen in der Lage war. Diese Aufgabe zu lösen, war der Sinn und bisherige Erfolg des Putin-Regimes. Es gelang, weil auch die Oligarchen in ihrem wohlverstandenen Klasseninteresse sich fügten und unvermeidlich einige der Ihren über die Klinge springen ließen (ein Beispiel, in dem diese Konsolidierungsphase nicht gelang, ist die Ukraine mit entsprechenden Konsequenzen). Putin war ein Mann des Apparats und gut vernetzt. Die Vorstellung, dass seine asketische und sportliche Erscheinung die Antithese zum versoffenen Jelzin-Clan verkörpere, hält sich an Klischees auf. Zu seinen wichtigsten Förderern zählten vielmehr Leute wie Jelzin selbst, Anatoli Tschubais und sogar Oligarchen wie Boris Beresowski. Eine lebenslange Amnestie für Jelzin war daher eine seiner ersten Amtshandlungen, dann setzte er einen Kurs um, der sich der Wiedergewinnung der Größe Russlands nach außen und der staatlichen Kontrolle nach innen verschrieb.

Die wichtigsten Baustellen waren die Rezentralisierung und Durchsetzung der Staatsgewalt, die Steuer- und Sozialpolitik, die Brechung des direkten Einflusses der Oligarchen auf die Regierungspolitik, schließlich die Positionierung im Weltmarkt und in der Außenpolitik (von letzterer wird aus Platzgründen in diesem Artikel jedoch nicht die Rede sein).

Es gibt objektiv keinen Grund, die russischen »Oligarchen«, das Produkt der russischen Privatisierungspolitik, als eine abnorme Erscheinung in der Geschichte des Kapitalismus zu betrachten: Es sind Großkapitalisten, die in einem zeitweilig mafiösen Umfeld entstanden sind, das ebenfalls keine historische Besonderheit darstellt. Von ursprünglicher Akkumulation zu sprechen, ist jedoch problematisch, wenn man bei diesem Begriff, angelehnt an Marx (MEW 23, 24. Kapitel), von Kapitalschöpfung in vorkapi-

Bruttoinlandsprodukt Russlands (Fortsetzung)

(Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr in Prozent und Vergleich mit 1990)

Wirtschaftsjahr	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Veränderung zum Vorjahr (real)	-5,3	6,4	10,0	5,1	4,7	7,3	7,2	6,4	8,2	8,5	5,2	-7,8	4,0
Im Vergleich zu 1990 (= 100 %)	57,5	61,2	67,3	70,7	74,1	79,5	85,2	90,7	98,1	106,5	112,0	103,2	107,3

Daten der Russischen Zentralbank, zitiert nach Wikipedia

talistischen Verhältnissen ausgeht. Im postsowjetischen Russland ging es dagegen um die Enteignung von sozialistisch organisiertem, teilweise industriell entwickeltem Volkseigentum. Die Hälfte von insgesamt etwa 200.000 Betrieben soll in der Privatisierungswelle 1992 bis 1994 letztlich an Mitglieder der ehemaligen Nomenklatura gefallen sein. Unter diesen ragten die größten auch dadurch hervor, dass sie in den Listen des Forbes-Magazins auftauchten. Dazu gehörten Boris Beresowski, Michail Chodorkowski, Roman Abramovic, Michail Fridman, Vladimir Potanin u.v.a. Ihre Namen stehen für große Konzerne besonders im Energiebereich wie Jukos, Lukoil, Sibneft, aber auch z.B. Banken und Medienkonzerne. Im Vorgehen insbesondere gegen Beresowski und Chodorkowski zeigte Putin den »Oligarchen« ihre Grenzen: Viel Geld machen und mit Reichtum protzen ist in Russland erlaubt und erwünscht, nicht jedoch die Verwendung des Geldvermögens für Machtfragen in der Politik. Umgekehrt ist es gestattet, politischen Einfluss zur Bereicherung zu nutzen.

Die Wirtschaftstätigkeit der Oligarchen sollte keineswegs eingeschränkt werden (dem Ochs, der drischt, wird nicht das Maul verbunden). Aber dem Staat sollte wieder ein größerer Anteil des Wertprodukts zufallen, um die »nationale Größe« Russlands wiederherzustellen. Die wichtigsten Voraussetzungen dafür waren freilich:

1. Die Verwertungsbedingungen für großes Kapital mussten stimmen;
2. der Zentralstaat musste im eigenen Laden, in der Verwaltung und vor allem in der Steuerpolitik, durchsetzungsfähig sein.

Auf der Grundlage der für die russische Energiewirtschaft in den Jahren von 2000 bis 2008 günstigen Konjunktur setzte die Putin-Regierung sich durch. Gerade das Vorgehen gegen Chodorkowski diente nicht zuletzt dem Zweck, die Kontrolle des russischen Staates in der Erdölförderung durchzusetzen. Das galt auch nach außen, denn die russischen Oligarchen sind in ähnlicher Weise international vernetzt wie das Großkapital westlicher Länder.

Das wichtigste Instrument zur Gesundung der öffentlichen Finanzen war die Umverteilung der Steuern. Hierbei ging es zum einen um die Frage, wer (welche sozialen Gruppen) diese zahlt, zum anderen, wer darüber die Verfügung hat: die Zentrale oder die Gebietskörperschaften. Unter Jelzin hatten letztere sich oft einen Anteil von deutlich über 50 Prozent, dazu unter dem Deckmantel von Autonomie und Teilsouveränität noch erhebliche Sonderrechte sichern können. Durch eine große Steuerreform wurden diese beseitigt, und Ende Mai 2001 verkündete die Regierung ein Verhältnis von 55 Prozent für die Zentrale und 45 Prozent für die Regionen. Das bedeutete für manche Teilrepubliken und Verwaltungsbezirke, dass sie Vermögen, z.B. Erdölförder- und -weiterverarbeitungsanlagen verkaufen mussten, um ihre Steuerschuld zu decken, und der russische Staat als Käufer auftreten konnte.

Der wirtschaftliche Aufschwung unter Putin bis 2008 war vor allem auf die Konjunktur der Rohölpreise zurückzuführen (der Preis für die Referenzmarke »Brent« stieg von 1999 = 12 \$ pro Barrel über 2001 = 35 \$ auf 2008 = 143

\$). Die Tendenz Russlands, zu einem rohstoff- und energie-exportierenden Schwellenland zu werden, verstärkte sich dadurch: Die in Russland geförderte Ölmenge schoss von 1999 = 5,85 Mio. Barrel täglich auf 2006 = 9 Mio. Barrel). Die Währungsreserven stiegen, die Staatsverschuldung sank. Russland konnte es sich (ähnlich wie Norwegen) erlauben, einen außerbudgetären Staatsfonds (s. u.) einzurichten, um Gelder für schlechte Zeiten, für »Wohlstandsprojekte« in der Gegenwart oder für notwendige Umstrukturierungen der Produktionszweige zu bunkern. Letzteres scheint aber ebenso wenig stattgefunden zu haben, wie man das auch von anderen Ländern kennt, deren Wirtschaft einseitig auf der Extraktion von Erdöl und -gas beruht.

In ihrer Steuerpolitik setzte die Putin-Regierung auf neoliberale Muster, die an die »Kopfsteuer« erinnern, wie sie z.B. unter Margret Thatcher in Großbritannien angeordnet worden war. Oligarchen und erfolgreiche Unternehmer sollten auf jeden Fall entlastet werden. Deshalb wurde eine Einkommensteuer in Höhe von 13 Prozent für alle Einkommen eingeführt. Die Unternehmer konnten zufrieden sein und hatten weniger Grund zur Steuerhinterziehung, die Löhne wurden eben überproportional belastet. Hinzu kam eine Arbeitsgesetzgebung, die es den Gewerkschaften schwer machte, zu legalen Streiks aufzurufen.

Soziale Proteste wie den von RentnerInnen 2005 gab es wenig. Gegenüber dem wirtschaftlichen Zusammenbruch von 1998 schien es ja nur noch aufwärts zu gehen, und das BIP nahm bis 2008 ständig zu (vgl. Kasten). Zwar öffnete sich die Schere zwischen Arm und Reich ebenfalls weiter, doch die unteren Klassen bekamen auch vom Aufschwung etwas ab. Die drückende Armut der Jelzin-Jahre schien verschwunden zu sein. Staatsgeld floss in Schulen, Wohnungsbau und Gesundheitswesen. Die Popularität Putins hatte also ihre Grundlagen. Birgit Hansl, Chefökonomin der Weltbank, konzidierte Russland noch vor einem Jahr: »Russland hat eine beispiellose Reduktion der Armut gesehen. Kein anderes Schwellenland ist dem nahe gekommen.« (Die Presse v. 19.6.2015) Dies bedeutet zweierlei:

- a) Die Sozialpolitik Putins ist erfolgreich und bindet die Menschen ein;
- b) Russland ist ein Schwellenland, nicht mehr und nicht weniger.

Zur gegenwärtigen Lage des russischen Kapitalismus

Im Ergebnis dieser Entwicklung ist festzustellen: a) Russland ist eindeutig eine kapitalistische Marktwirtschaft; b) es ist kein klassenpolitischer Gegenpol zum kapitalistischen Weltsystem und den in ihm dominierenden imperialistischen Ländern, sondern ein Teil dieses Systems mit spezifischen Interessen wie andere auch; c) im Hinblick auf seine Position im Weltmarkt ist es als Schwellenland zu verstehen mit einem »ressourcenextraktivistischen Produktionsmodell« (Jaitner, »Einführung des Kapitalismus in Russland«, Hamburg 2014, S. 12), d.h. seine Ökonomie besitzt ihre Stärken im Export lediglich in der Extraktionsindustrie von Bodenschätzen (Öl, Gas), des weiteren in der Rüstungsindustrie.

Russland musste nach dem Untergang der SU und dem Verlust der gesellschaftlichen Alternative eine Entwertung seiner Position im Weltmarkt, einen Deindustrialisierungsprozess und eine tiefgreifende Bedeutungsminderung seiner politischen Weltgeltung hinnehmen. Wo der neue russische Kapitalismus global heute steht, mögen ein paar Zahlenvergleiche zu den Exportstrukturen von zwei ausgewählten Ländern verdeutlichen (nach Fischer Weltalmanach, Ausgabe 2016):

- Russland: Gesamtexport 527 Mrd. EUR; im einzelnen: Erdöl 54 Prozent, Erdgas 14 Prozent, chemische Erzeugnisse 4 Prozent, Eisen und Stahl 4 Prozent, NE-Metalle 3 Prozent;
- China: Gesamtexport 2343 Mrd. EUR; im einzelnen: Elektronik 27 Prozent, Textilien und Bekleidung 13 Prozent, Elektrotechnik 8 Prozent, Maschinen 8 Prozent, chemische Erzeugnisse 5 Prozent;
- Deutschland: Gesamtexport 1134 Mrd. EUR; im einzelnen: Kfz. und Kfz.-Teile 18 Prozent, Maschinen 15 Prozent, chemische Erzeugnisse 9 Prozent, Datenverarbeitungsgeräte 8 Prozent, elektrische und optische Erzeugnisse 7 Prozent, elektrische Ausrüstung 6 Prozent, pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse 5 Prozent, sonstige Fahrzeuge 4 Prozent, Metalle 4 Prozent, Nahrungs- und Futtermittel 4 Prozent, Gummi- und Kunststoffwaren 4 Prozent.

Es ist unschwer zu erkennen, welche dieser Länder günstige Voraussetzungen für eine aktive Rolle auf dem Weltmarkt haben und welches Land zur Zeit eben nicht. In diesen Aufzählungen fehlen übrigens durchweg die Waffenexporte. Handelt es sich hierbei um strukturelle, also allenfalls langfristig lösbare Schwächen, so kommen kurzfristig konjunkturelle (z. B. die Ölpreisentwicklung) oder politisch verursachte (Sanktionen im Zusammenhang der Krim- und Ukraine-Politik) Belastungen hinzu. Bei allen Diskussionen um einen angeblich neuen »Kalten Krieg« oder um vermeintliche Blockbildungen etwa im Zusammenhang der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) bleibt festzuhalten, dass Russland nicht eine Politik der Konfrontation oder Infragestellung der Weltmacht USA anstrebt.

Im nationalen Rahmen verlief die Entwicklung in den 2000er Jahren günstig (vgl. Kasten Bruttoinlandsprodukt). Etwa 2006/7 ist demnach das Niveau von 1990, also dem Ende des Sozialismus, überschritten worden. Davon profitierten die ohnehin Reichen am meisten: Die Zahl der Dollarmillionäre nahm 2006 um 15,5 Prozent zu (weltweit »nur« um 8 Prozent); 33 Dollarmilliardäre soll es damals in Russland gegeben haben. Aber auch andere Bevölkerungsteile bekamen ihren Anteil am Kuchen. Die Löhne stiegen, die Arbeitslosigkeit sank, »nur« 15 Prozent der Russen lebten 2007 unter der Armutsgrenze. Wie es sich für ein kapitalistisches Land gehört, ist eine Mittelschicht entstanden, die es hier weder zu zaristischen noch – natürlich – zu sowjetischen Zeiten gegeben hat. Sie wird derzeit mit 44 Prozent Anteil an der Bevölkerung angegeben.

So schien es – von niedrigem Niveau aus – ständig aufwärts zu gehen. Die Entwicklung der letzten Jahre sieht allerdings etwas anders aus. In der aktuellen, durch niedrigen Ölpreis und Sanktionen mitverursachten Krise schrumpfte, einer Studie der russischen Akademie der Wissenschaften zufolge (Die Welt, 2.3.2016), das durchschnittlich verfügbare Einkommen für jedes Mitglied einer Mittelschichtfamilie um 1.400 Rubel auf 22.600 Rubel (280 EUR) monatlich. Nach Angaben des Wirtschaftsministeriums sanken die Realeinkommen in Russland um 3,5 Prozent. 2016 werden die Russen voraussichtlich noch einmal 3,7 Prozent weniger im Geldbeutel haben. Auch das Bruttoinlandsprodukt ging 2015 um 3,9 Prozent zurück. In die-

sem Jahr (2016) wird das BIP vermutlich noch einmal um ca. 1 Prozent fallen.

Die Entwicklung in der Landwirtschaft belegt aber auch, dass die Sanktionen gegen Russland für die Strukturprobleme in der russischen Wirtschaft durchaus positive Aspekte haben. Im Agrarbereich führten sie zunächst tatsächlich zu vorübergehenden Engpässen auf dem russischen Markt. Teilweise verloren die Produkte an Qualität, und die Preise für Grundnahrungsmittel stiegen. Gleichzeitig brach das europäische Quasi-Monopol in den Bereichen Fischproduktion, Obst und Milchprodukte auf. Obwohl russische Unternehmen nun zunehmend selbst produzierten, kann Russland den eigenen Bedarf aber immer noch nicht vollständig decken. Neue Lieferländer ersetzen die ausfallenden Importe aus der EU. So sprangen zunächst türkische Unternehmen für wegfallende Einfuhren aus Griechenland ein. Später übernahm Chile diese Funktion.

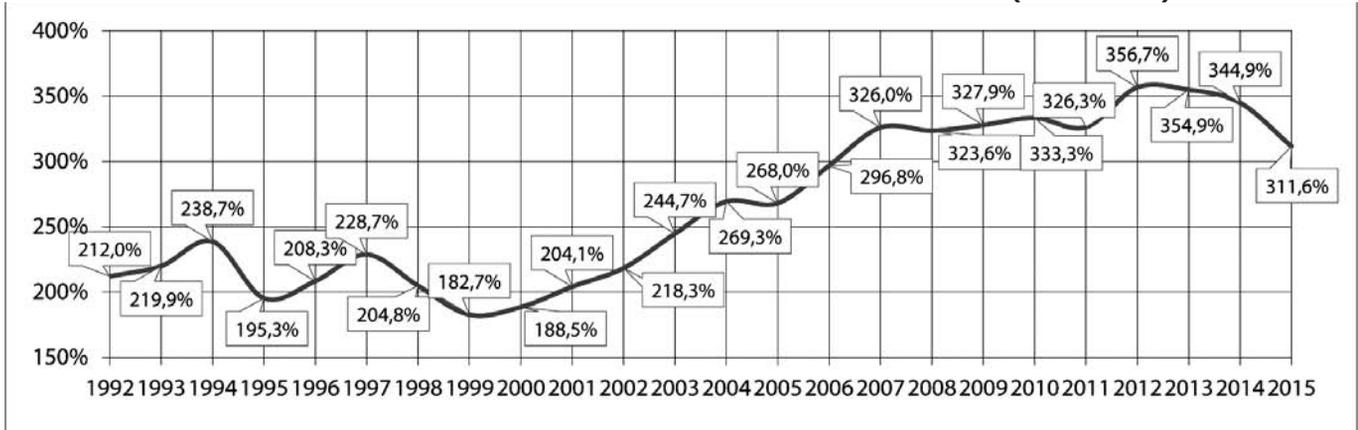
Der Agrarsektor ist gegenwärtig der wichtigste Wachstumssektor in der russischen Wirtschaft und überholt den russischen Rüstungssektor. 2016 wird Russland zum größten Weizenexporteur der Welt noch vor Kanada und den USA aufsteigen. Allerdings haben die Erfolge der russischen Landwirtschaft nicht nur etwas mit der westlichen Sanktionspolitik zu tun. Der Verfall des Rubels verteuert westliche Produkte auf dem russischen Markt, so dass es sich für sie eher lohnt, in Russland selbst zu produzieren, um den heimischen Markt zu beliefern.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Wirtschaftskrise, der westlichen Sanktionen und des sinkenden Lebensstandards der russischen Bürger fanden die Duma-Wahlen statt, die die Kreml-Partei »Vereintes Russland« (Jedinaja Rossija) souverän gewann. Das heißt aber nicht, dass die zukünftige Ausrichtung russischer Wirtschaftspolitik schon entschieden ist. Den heutigen Kurs aus der Krise sehen viele in einer harten Geldpolitik, Einsparungen bei den Ausgaben, darunter den Sozialausgaben und im Einfrieren von Löhnen und Renten, also dem klassischen IWF-Konzept, das stets zu Lasten der Bürger geht. Andere in der Regierung wollen die Wirtschaft durch eine offensive Kreditpolitik sowie die Stützung der Industrie und anderer Branchen ankurbeln. Damit sollen nicht nur die Modernisierung der Produktion und die Einführung neuer Technologien gewährleistet werden, sondern auch die Nachfrage der Verbraucher steigen. Es scheint allerdings angesichts der vielfältigen Krisen – Syrienengagement, Alimentierung des Donbass, Integration der Krim, Ölpreiskrise – kaum Handlungsspielräume für eine Wirtschaftspolitik zu geben, die auf eine Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung abzielen kann. So scheint das auch die Mehrheit der russischen Bürger zu sehen, die die Hoffnung haben, dass die Politik Putins langfristig erfolgreich sein wird.

Zu den politischen Folgen heißt es in der Studie, dass »Russlands neue Mittelschicht ... sich in der wirtschaftlichen Krise standhafter als befürchtet« zeige. Sie verstehe »das alles als vorübergehende Schwierigkeiten«. Zwar leide auch sie an sinkenden Einkommen, Entlassungen und gekürzten Sozialleistungen. Aber die Menschen schnallen den Gürtel enger, leben von Erspartem oder suchen sich mehrere Jobs. Die Mittelschicht stehe zu 73 Prozent hinter der Politik des Kremels.

Außerdem zehrt das russische Sozialsystem von den Fonds, die während der Zeit hoher Ölpreise angespart wurden. In den 2000er-Jahren wurde der Stabilisierungsfonds dank der wachsenden Ölpreise intensiv gefüllt und belief sich 2008 auf 157 Milliarden Dollar. Als ausreichende Höhe des Fonds wurden damals 7 Prozent des BIP gerechnet: Diese Summe sollte für zwei bzw. drei Jahre reichen, falls es zu einer wirtschaftlichen Talfahrt kommen sollte. In dieser

Russland: Einkommen im Verhältnis zum Existenzminimum 1992 – 2015 (in Prozent)



* 100 %: Offizielles Existenzminimum; Quelle: <<http://cbsd.gks.ru/#>, 28. November 2016>

Zeit würde die Regierung neue Haushalte mit reduzierten Ausgaben (darunter für soziale Zwecke) verabschieden, und der Fonds würde seine Aufgabe erfüllen, nämlich eine »Bruchlandung« der nationalen Wirtschaft in Krisenzeiten verhindern. Am 1. Februar 2008 wurde der Stabilisierungsfonds in den 125 Milliarden Dollar großen Reservefonds und den Nationalen Wohlstandsfonds aufgeteilt, der 32 Milliarden Dollar betrug. Der Nationale Wohlstandsfonds sollte eine Art »Renten-Airbag« werden. Die beiden Fonds werden auf unterschiedliche Art verwaltet. Im Reservefonds werden die Finanzmittel in ausländischen Währungen und in Wertpapieren ausländischer Staaten aufbewahrt, die notfalls operativ in Bargeld verwandelt werden können. Aus dem Nationalen Wohlstandsfonds können die Mittel in diverse Infrastrukturprojekte innerhalb Russlands angelegt werden. So wird das aktuell größte russische Projekt, die Krim-Brücke, mit dem Reservefonds finanziert.

Die Mittel aus dem Reservefonds werden schon seit mehr als einem Jahr für die Deckung des föderalen Haushaltsdefizits ausgegeben. Am 1. Mai 2016 machten der Reservefonds 44,96 Milliarden Dollar und der Nationale Wohlstandsfonds 73,86 Milliarden Dollar aus. 2016 will das Finanzministerium alle zwei Monate ausländische Währungen aus dem Reservefonds verkaufen, um das Haushaltsdefizit zu decken.

Finanzminister Anton Siluanow warnte, dass der Reservefonds und der Nationale Wohlstandsfonds ohne Maßnahmen zur »Haushaltoptimierung« schon in diesem Jahr vollständig ausgegeben werden könnten. Ganz entscheidend für den russischen Staatshaushalt wird aber die aktuelle Entwicklung der Gas- und Ölpreise sein, die ca. 60 Prozent der russischen Haushaltseinnahmen (2014 waren es sogar 67 Prozent) ausmachen. Ab einem Preis von 50 \$ pro Barrel kann das Haushaltsdefizit für das Jahr 2016 unter 3 Prozent verbleiben.

Die Popularität Putins kommt also nicht von ungefähr, sondern hat ihre materiellen Grundlagen; hinzu kommen ideologische. Zu diesen gehört der neurussische Nationalismus. Wenn Putin den Untergang der Sowjetunion als »größte Katastrophe des zwanzigsten Jahrhunderts« bezeichnet, hat das mit Sowjetnostalgie oder der Bewahrung eines letzten Restes einer antiimperialistischen Orientierung nichts zu tun. Es ist nicht die Trauer um den Sozialismus, sondern der Frust um den verlorenen Weltmachtstatus und die Beherrschung der Nachbarn. Es geht bei der Forderung nach »Augenhöhe« mit den USA um die »nationale Größe« Russlands.

Für die Linken in der Friedensbewegung, natürlich in allen anderen Zusammenhängen auch, muss klar sein, dass nationalistische Politik auf kapitalistischer Grundlage für

uns keine Option sein kann. Sie ist es in ihrem Ansatz auch dann nicht, wenn sie sich gegen den »Hauptfeind im eigenen Land« (Karl Liebknecht) richtet, wovon derzeit nicht unbedingt auszugehen ist.

Warum hat die russische Arbeiterklasse den Sozialismus nicht verteidigt, und wo steht sie heute?

Für die Arbeiterklasse in der Sowjetunion war die Breschnew-Zeit wohl so etwas wie die »Goldenen Jahre« des Realsozialismus. Die Entbehrungen und Opfer der Jahre des Bürgerkrieges, der Interventionen, der Abwehr und Zerschlagung des Faschismus, des sozialistischen Aufbaus schienen sich auszuzahlen. Einzelheiten der Lebensbedingungen der Arbeiter und Angestellten, der Bauern, der technisch-wissenschaftlichen Elite etc. sind nachzulesen im Kapitel »Die Ära Breschnews (1964 bis 1982)«, speziell auf den Seiten 907 bis 931 in Hildermeiers »Geschichte der Sowjetunion 1917 bis 1991«, die den Status eines Standardwerkes in der deutschsprachigen bürgerlichen Geschichtsschreibung über die Sowjetunion erlangt hat (mit etwas Glück in einer gut sortierten Stadtbibliothek zu bekommen). Zu beachten ist allerdings, dass der Autor keinen marxistischen Klassenstandpunkt vertritt, sondern die Wertauffassung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie in der aufgeklärt-sozialdemokratischen Variante.

Zu dieser Zeit kam die Arbeiterschaft nicht mehr vom Lande, sondern aus den Städten, sie reproduzierte sich selbst. Sie war im Sozialismus aufgewachsen, den sie als selbstverständlich hinnahm und der in zunehmendem Maße (seit Chruschtschow) als an der Schwelle zum Kommunismus stehend aufgefasst wurde. Dem entsprach auch die materielle Seite insofern, als die Reallohnentwicklung tendenziell nach oben zeigte. Gleichzeitig aber wurde diese Arbeiterklasse nach wie vor weitgehend von demokratischer Mitbestimmung gegenüber der regierenden KPdSU ausgeschlossen. Die in Zeiten des akuten Existenzkampfes herausgebildeten zentralistischen und autoritären Politikformen blieben auch in der Blockkonfrontation gegen den von den USA geführten Westen bestehen. Die Gewerkschaften als Interessenvertreter der Beschäftigten besaßen keine Autonomie.

Die berüchtigte Cliques- und Privilegienwirtschaft uferte gerade in der Breschnew-Zeit förmlich aus. Sie war nach Maßstäben kapitalistischer Privatwirtschaft immer noch vergleichsweise bescheiden, musste aber in einer Gesellschaft mit egalitärem Anspruch besonders in Krisenzeiten auf Kritik stoßen.

Alternative Strategien zu diesen Strukturen sind rein theoretisch immer denkbar. Nur hat das nicht sehr viel Sinn. Welche hätten das sein sollen: egal, ob Rätestruk-

turen, möglichst ohne Parteikommunisten; die bürgerliche Demokratie; die Meinungs-, Reisefreiheit und andere Menschenrechte, die der kapitalistische Westen agitatorisch forderte und die er selbst mit Füßen trat, wo sie ihm nicht passten; eine pazifistische Außenpolitik usw. – all diese Vorschläge unterschlugen den Klassenkampf im internationalen Rahmen, in dem der reale Sozialismus die materiell unterlegene Seite repräsentierte.

In der Zeit der Krise, als die Sowjetführung ihre bürokratischen Mittel zur Verteidigung des Sozialismus erschöpft sah und den Übergang zum Kapitalismus vorbereitete, war die sowjetische Arbeiterklasse nicht in der Lage, aus sich heraus eine neue Führung aufzubauen, die den Kampf um die Fortsetzung des sozialistischen Aufbaus hätte aufnehmen können. Zum Teil war sogar das Gegenteil der Fall: Die Aktionen der Bergarbeiter im Sommer 1989 bis ins folgende Jahr beschleunigten objektiv den Untergang der Sowjetunion. Gewollt haben sie das in dieser Weise und mit diesen Ergebnissen sicher nicht.

Was wir in diesem Artikel noch nicht angesprochen haben und aus Platzgründen auch nur kurz streifen können, ist eine Reihe von objektiven Bedingungen, die sich der Beeinflussung von Russland aus weitgehend entzogen: Der Sozialismus hätte, um in der Systemkonkurrenz dem kapitalistischen Westen standhalten oder ihn gar »überholen« zu können, eine kapitalistische Produktivität hervorbringen müssen. Diese hätte aber auf Markt und Ausbeutung basieren müssen, was also einer Liquidierung des sozialistischen Aufbaus schon nahe kam (die NEP war ein Beispiel dafür, sie musste natürlich abgebrochen werden). Als sich

diese Einsicht im Niedergangprozess der UdSSR unter Gorbatschow durchsetzte, war eben kein Halten mehr. Der Kapitalismus hatte aufgrund der seit den siebziger Jahren durchgesetzten Produktivitätssteigerung durch die mikroelektronische Umwälzung weltweit gewonnen. Er musste es tun, um seinerseits den tendenziellen Fall der Profitrate aufhalten zu können und zu effektiveren, zeitgemäßen Ausbeutungsformen zu kommen.

Dies verweist wiederum auf die Klassenverhältnisse bei uns. Die Stärke des kapitalistischen Westens beruhte materiell auf der überlegenen und flexibel gestalteten Ökonomie, politisch auf der Sozialpartnerschaft. Die ursprüngliche Überlegung der Bolschewiki, dass Klassenkämpfe und Revolutionen in westlichen Ländern Entlastung für den Aufbau des Sozialismus im Osten bringen müssen, erwies sich in der Gründungsphase der Sowjetunion ebenso als richtig wie tragischer Weise in ihrer gesamten Geschichte und in ihrem Untergang. Den Ausfall der Revolution im Westen hatte Russland nicht kompensieren können. Was der russischen Arbeiterklasse heute fehlt, ist unter spezifischen Bedingungen ähnlich wie hierzulande: klassenkämpferische Organisationen, angefangen bei den Gewerkschaften; eine kommunistische Partei, die nicht nur den Namen als entleerte Tradition weiterführt, sondern der es gelingt, in kommenden Klassenkämpfen zu einer glaubwürdigen und führenden Kraft zu werden. Indem wir das so abstrakt formulieren, wollen wir uns nicht angesichts unserer eigenen Verhältnisse als Besserwisser darstellen, sondern ausdrücken, dass eben dies sowohl in Russland als auch bei uns fehlt und bleibende politische Aufgabe ist.

20. August 2016 ■



Angestellte LehrerInnen brauchen einen Entgelttarifvertrag. Für Tarifautonomie und Flächentarifverträge setzen sich SPD-Politiker gerne ein, außer dort, wo sie selbst Tarifvertragsparteie sind, wie im Öffentlichen Dienst der Länder. So wird an maßgeblicher Stelle von SPD-Politikern den 200.000 angestellten LehrerInnen der Länder, darunter 13.000 in Berlin (hier werden es laufend mehr, mittlerweile ist es die Hälfte der Berliner LehrerInnen), ein Eingruppierungstarifvertrag, von der GEW LehrerEntgeltordnung (L-EGO) genannt, verweigert.

Darin wird festgelegt, wer mit welcher Ausbildung in welche Gehaltsgruppe (sog. Entgeltgruppe, EG) eingetütet wird, der Werklehrmeister kommt z.B. in EG 9, die Grundschullehrerin in EG 11 und die Sonderpädagogin in EG 13. Der Maßstab, der für die Eingruppierung angelegt wird, ist dem Beamtenrecht (sog. Lehrerrichtlinien) entlehnt. Solange die Eingruppierung der Lehrkräfte nicht tariflich geregelt ist, kann jede Landesregierung nach Gutdünken, d.h. politischer Opportunität verfahren. Deshalb ist das wichtigste Anliegen der Gewerkschaft: Schluss mit der Bindung

an das Beamtenrecht! Die Arbeitgeber wollen über die angestellten LehrerInnen bestimmen wie über die Beamten, sie aber nicht bezahlen wie Beamte. Erscheint es einer Landesregierung angebracht, die Beamtenbesoldung zu senken, sind die Angestellten automatisch mit dran. Damit das nicht so weitergeht, muss die Eingruppierung vom Beamtenrecht abgekoppelt werden (was übrigens auch für die Arbeitszeit gilt).

Als Nächstes muss die Ungleichbehandlung bei der Bezahlung aufhören. Gleiches Geld für gleichwertige Arbeit! Warum wird die Beamtin, die zusammen mit der angestellten Kollegin beim Teilungsunterricht in der Klasse steht, besser bezahlt? Oder warum wird die Grundschulpädagogin schlechter bezahlt als ihre Kollegin am Gymnasium? Ist ihre Arbeit weniger wertvoll? Deshalb fordert die GEW die Paralleltabelle, d.h. wenn eine verbeamtete Lehrerin in Besoldungsgruppe A 13 ist, gehört die angestellte Kollegin in der vergleichbaren Tätigkeit in EG 13.

Noch fallen die Gehälter vergleichbarer Beschäftigtengruppen je nach Landeszugehörigkeit unterschiedlich aus. Der Senat von Berlin zahlt seinen angestellten LehrerInnen am meisten: für eine studierte Lehrkraft mit abgeschlossenem Referendariat sofort die im Tarifvertrag der Länder (TV-L) vorgesehene höchste Erfahrungsstufe 5, die die KollegInnen in anderen Bundesländern erst nach Jahren der Berufserfahrung erreichen, das sind brutto 4000 EUR für die GrundschullehrerIn bis 5000 EUR für die GymnasiallehrerIn. Das hört sich gut an, ist aber das Höchste, was im TV-L zu erreichen ist. Spätestens nach 7 Jahren haben die Beamten das auf- und bis ans Lebensarbeitszeitende bei weitem überholt. Bis 2017 ist die Stufe 5 allen Einzustellenden arbeitsvertraglich zugesichert. Dazu war der Berliner Senat nicht aus reiner Wohltätigkeit bereit, sondern anders wäre wohl der Bedarf an PädagogInnen nicht zu decken gewesen. Berlin verbeamtet nämlich seit 2004 seine LehrerInnen nicht mehr. Das entlastet den Landeshaushalt zukünftig von Kosten für spätere Pensionszahlungen, hatte aber zur Folge, dass in Berlin ausgebildete LehrerInnen in die Bundesländer abwanderten, die die Verbeamtung weiter anboten.

Seit 2009 versucht die GEW die Arbeitgeber, die sich (bis auf Hessen) in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zusammengeschlossen haben, dazu zu bewegen, mit der Gewerkschaft eine L-EGO abzuschließen. Das ist regelmäßig daran gescheitert, dass die Arbeitgeber kein Angebot vorgelegt haben, das die GEW hätte akzeptieren können. Die Arbeitgeber hatten einfach kein Interesse, ihre Komfortzone zu verlassen, in der sie allein das Sagen hatten.

Die TdL schließt einen »Tarifvertrag« mit dem Deutschen Beamtenbund ab

Bewegung kam in die Angelegenheit, als die Berliner GEW zu Warnstreiks aufrief. Dazu war und ist sie weiterhin berechtigt, solange mit ihr die Entgeltordnung nicht tarifiert ist und somit keine Friedenspflicht besteht. Zwischen April und Dezember 2013 streikten in Berlin an 17 Tagen jeweils ca. 2000 bis 2500 KollegInnen. Das schien die TdL doch beeindruckt zu haben, denn jetzt war man auf Arbeitgeberseite bereit, über Entgeltgruppen zu sprechen. Das war keine leichte Aufgabe, gibt es doch in den verschiedenen Bundesländern die unterschiedlichsten Modelle und Ausprägungen an Ausbildungen und Tätigkeiten. Bei den Gesprächen haben sich die Arbeitgebervertreter viel Zeit gelassen mit dem Ziel, eine Entgeltordnung in der Tarifrunde 2015 mit Lohnprozenten zu verrechnen. Da hat ver.di als Verhandlungsführer auf Gewerkschaftsseite und Vertreterin der großen Masse der Angestellten der Länder, nicht mitgespielt und die GEW auch nicht, da das Angebot

der TdL mal wieder keine Substanz hatte. Den Deutschen Beamtenbund (dbb), der mit am Tisch saß, weil er auch eine Handvoll Angestellte vertritt, hat das aber nicht abgeschreckt. Der dbb hat einem Vertragswerk (»Tarifvertrag Entgeltordnung für Lehrkräfte der Länder – TVEntgO-L«) zugestimmt, das zwar als Bonbon 30 EUR plus im Monat für LehrerInnen in EG 11 enthielt, aber daneben sogar Verschlechterungen für einige Gruppen (z.B. für an Grundschulen tätige StudienassessorInnen oder SeiteneinsteigerInnen). In der entscheidenden Frage, der Eingruppierung, verweist der TVEntgO-L wieder auf das Beamtenrecht, damit verdient er seinen Namen nicht.

Das Dilemma der GEW-Berlin

Seit Schuljahresbeginn 2015/16 wird auch in Berlin der TVEntgO-L angewandt. Gewerkschaftlichem Selbstverständnis zufolge gilt dieser Tarifvertrag nur für die Mitglieder des dbb, der das Machwerk unterschrieben hat, nicht aber für GEW-Mitglieder, die übergroße Mehrheit der Organisierten. Der Senat sagt sich, ist doch egal, und wendet ihn auf alle neuen Verträge an und die Gerichte geben ihm leider Recht. Er setzt darauf, dass sich auch Gewerkschaftsmitglieder mit 30 EUR im Monat abspeisen lassen. Diese lachhaften 30 EUR werden zum ersten Schritt beim Ausgleich der statusbedingten Einkommensnachteile der Angestellten gegenüber den verbeamteten KollegInnen deklariert. Wenn dieses Tempo eingehalten wird, erfährt kein Angestellter mehr die Angleichung der Gehälter zu Lebzeiten.

Dennoch findet anscheinend so mancher GEW-Funktionär den Vertrag nicht so übel. Besser als gar nichts, sagt man sich vielleicht, denn durchsetzungs- oder gar streikfähig ist kaum ein Landesverband. Der GEW-Bundesvorstand verwaltet eine ebenso bunte Landschaft wie die TdL und eine gewerkschaftliche Mentalität ist in der sog. Bildungsgewerkschaft eher die Ausnahme. Hier zeigt sich das Dilemma, in dem die Berliner GEW sich befindet. Sie kann sich nicht mit den Brosamen zufrieden geben, die vom Verhandlungstisch gefallen sind. Keine bundesweit denkbare L-EGO wird widerspiegeln, was in Berlin bereits Standard ist. Würden die Berliner KollegInnen auf ein Niveau zurückgeworfen, was etwa dem TVEntgO-L entspricht, liefen sie der GEW in Scharen davon. Also geht es der Berliner GEW darum, dass in einer L-EGO Öffnungsklauseln für landesspezifische Abweichungen nach oben enthalten sind. Dies den VertreterInnen der anderen GEW-Landesverbände klar zu machen, ist ein steter Kraftakt für die Berliner.

Die gemeinsame Erklärung von Senat und GEW-Berlin

Um in Richtung der Tarifierung Druck auf den Senat auszuüben und ihn zu zwingen sich bei der TdL das Placet für Sonderregelungen zu holen, wurde seit Februar 2016 in Berlin fünfmal gestreikt mit jedes Mal steigender Teilnehmerzahl. Zuletzt beteiligten sich Ende Juni 3300 KollegInnen. Der Finanzsenator wimmelte jedoch alle Forderungen ab und gab sich kompromisslos, immer mit dem Argument, für einen Berliner Sonderweg gäbe es keine Zustimmung der TdL.

Ein für kurz vor der Abgeordnetenhauswahl im September angekündigter einwöchiger Streik hat schließlich den Senat zum Einlenken bewegen. Er beendete seine Blockade und gab Ende August eine gemeinsame Erklärung mit der GEW heraus. Darin sagte der Senat zu, dass GrundschullehrerInnen, die nach dem neuen Lehrkräftebildungsgesetz von 2014 ausgebildet werden, wie ihre KollegInnen an den Oberschulen bezahlt werden sollen (Punkt 1 der Erklärung). Vermutlich ist dieses Versprechen dem

verhandlungsführenden Finanzsenator nicht besonders schwer gefallen. Denn es greift erst, wenn die nach neuem Recht Ausgebildeten fertig sind. Außerdem lässt sich die Ungleichbehandlungen der LehrerInnen bei gleicher Ausbildungsdauer schlecht begründen, was mittlerweile auch in der SPD erkannt wird. Das bezog aber nicht die GrundschullehrerInnen ein, die nach altem Recht eingestellt wurden. Für diese in die Tausende gehende Gruppe, die bisher in EG 11 eingruppiert ist, enthält die gemeinsame Erklärung die Ankündigung, dass sie »durch Teilnahme an entsprechenden Fort/Weiterbildungsmaßnahmen zeitnah« (auch Punkt 1) in den Genuss von EG 13 kommen könne.

Weiter will der Senator ermöglichen, dass den SeiteneinsteigerInnen (sog. NichterfüllerInnen, die keine komplette Lehrkräfteausbildung haben) eine Erfahrungsstufe ganz oder teilweise vorweg gewährt werden kann (Punkt 2) und dass die bis 2017 zugesagte Vorweggewährung der Erfahrungsstufe 5 für die KollegInnen mit der vollen Lehrerausbildung (sog. ErfüllerInnen) über 2017 hinaus beibehalten werden kann (Punkt 4). Über Zulagen für diejenigen, die bereits die Endstufe ihrer Entgeltgruppe erreicht haben, bleibe man im Gespräch (Punkt 5).

Versprechungen sind kein Tarifvertrag

Eine gemeinsame Erklärung ist keine verbindliche Vereinbarung, vom Senat gibt's nichts auf die Hand. Alles steht unter dem Vorbehalt, dass die neue Koalition das in ihr Programm übernimmt.

Für eine erst ab 2018 langsam wachsende Gruppe wurde eine konkrete Zusage erreicht, für die Masse der angestellten GrundschullehrerInnen eher vage Andeutungen, für die E 13-LehrerInnen (SekundarschullehrerInnen, Son-

derpädagogInnen, GrundschullehrerInnen mit zwei Wahlfächern, Gymnasial- und OberstufenlehrerInnen) nichts, nichts in Richtung Zulagen zum Ausgleich der Nachteile gegenüber den BeamtenInnen und schon gar kein Tarifvertrag.

Dafür sagt die GEW Berlin einen Streik ab, der den SP-Dgeführten Senat so kurz vor der Wahl unter Druck gesetzt hätte, und verspricht, die Füße still zu halten bis zum Ende der Koalitionsverhandlungen »und, ein positives Ergebnis zu (1) und (2) vorausgesetzt, auch darüber hinaus« (Punkt 6 der Erklärung).

Darauf hätte man sich nicht einlassen dürfen, schon gar nicht ohne Rücksprache mit der Mitgliedschaft, die ob der Geheimdiplomatie während der Ferien sehr verärgert war und sich durch die anschließenden Konferenzen zum Thema nur mäßig besänftigen ließ. Wenn der neue Senat der Erklärung des Ex-(und wohl Wieder-)Finanzsenators nicht Taten folgen lässt, dann wird auch der Berliner GEW-Vorstand in Erklärungsnot geraten.

Der Koalitionsvertrag von SPD, Linken und Grünen ergeht sich in ähnlich blumigen Formulierungen wie die gemeinsame Erklärung: »Die Koalition will die Bezahlung der Grundschullehrkräfte auf A 13/E 13 schrittweise anheben.« Damit sei – so der Tagesspiegel – die Minimalbedingung der GEW schon mal erfüllt, »damit nicht gleich der nächste Lehrerstreik droht« (22.11.2016). Es gibt im Koalitionsvertrag weitere, im Ungefähren bleibende Bezüge zu den GEW-Forderungen. Wie wird sich die GEW-Berlin dazu verhalten? Von einer kritischen Begleitung der Koalitionsverhandlungen war nicht viel zu merken. Es besteht die Gefahr, dass die Gewerkschaft das Heft aus der Hand gibt und die Mitglieder zu Zuschauern des Koalitionspalavers degradiert. Es wird Zeit, aktiv zu werden!

25.11.2016 ■

Amiens/Frankreich:

Solidarität mit den »Acht von Goodyear«



Vor dem Justizpalast in Amiens

Am 19. und 20. Oktober diesen Jahres fand im nordfranzösischen Amiens, der ehemaligen Hauptstadt der Picardie, der Revisionsprozess gegen das Urteil vom Januar diesen Jahres statt. Im Januar waren die acht Kollegen, denen »Bossnapping« vorgeworfen wird, zu 24 Monaten Haft, davon neun ohne Bewährung, verurteilt worden.

Vorgeschichte war der jahrelange Kampf der Belegschaft für den Erhalt des Werkes, der 2013 mit der Werkschließung endete. Zwei leitende Manager, der Personalleiter Bernard Glesser und der Werksdirektor Michel Dheilly, waren von ca. 100 Beschäftigten 30 Stunden festgehalten worden, um über die Bedingungen zu verhandeln. Die acht Kollegen wurden stellvertretend für die Belegschaft angeklagt, ob-



Michael Wamen, einer der acht Angeklagten

wohl die am Ende mit der CGT ausgehandelte Vereinbarung vorsah, dass die Streikenden nicht im Nachhinein verfolgt werden.

Das Unternehmen hielt sich an die Vereinbarung, nicht jedoch die Staatsanwaltschaft. Deren vorgeschlagenes Strafmaß wurde im Januar eins zu eins vom Richter übernommen und geht weit über das hinaus, was bis dahin in ähnlichen Fällen verhängt wurde. Bisher drohten allenfalls Geldstrafen. Dass nun aktive Gewerkschafter monatelang ins Gefängnis wandern sollen ist für Frankreich eine Premiere und entspricht dem verschärften Kurs, den die neoliberal gewendete sozialistische Regierung gegen die Arbeiterbewegung in Frankreich fährt.



Eine Fahne der solidarischen FSU

Ein ähnliches Vorgehen kann beim Verfahren gegen fünf Aktive der CGT Air-France wegen der zerrissenen Hemden der Manager Xavier Broseta und Pierre Plissonnier beobachtet werden. Das You Tube Video zu dem Vorfall wurde inzwischen mehr als 1,7 Milliarden mal (!) angeklickt. Auch hier verzichteten die Manager darauf, einzelne Kollegen zu denunzieren, was Respekt verdient, auch hier ermittelt die Staatsanwaltschaft und es drohen bis zu fünf Jahre Haft gegen einzelne, stellvertretend für die Belegschaft. Allen Beteiligten ist klar, dass auch das neue Arbeitsgesetz, Loi Travail zu diesem harten antigewerkschaftlichen Kurs gehört, und alle sind sich darüber bewusst, dass der Kampf gegen die staatliche Repression auch der Kampf gegen das Loi Travail ist.

Bei gemischtem Wetter versammelten sich ca. 6.000 Menschen im Park neben der Somme, weitere geschätzte 2.000 zogen in kleineren und größeren Zügen zum Justizpalast und durch die Stadt. Sie waren aus ganz Frankreich, der belgischen Wallonie und Brüssel gekommen, 10 Reisebusse aus Paris und überwiegend natürlich aus Nordfrankreich. Die Regionen Nord-Pas de Calais und die Picardie mit ihren Bergwerken waren so etwas wie die Wiege der französischen Arbeiterbewegung. In Lille wurde 1888 die Melodie der »Internationale« komponiert, in Amiens 1906 die Charta der Confédération Général du Travail beschlossen, auf die sich auch heute noch die CGT, deren Abspaltung Force Ouvrière, die Sud-Solidaires und die FSU berufen: Kampf um die Tagesforderungen, Kampf für die Enteignung der Kapitalisten, Unabhängigkeit von jeder politischen Partei.

Obwohl die monatelange und starke Bewegung vom Frühling und Sommer das neue Arbeitsgesetz Loi Travail nicht hatte verhindern können, war die Stimmung ausge-



Eine Fahne der SUD-Solidaires

sprochen positiv und kämpferisch. Lieder wurden gesungen und Parolen gerufen: »Relaxe pour nos camerades!« Es überwogen die roten Fahnen der CGT aber auch die grünen Fahnen der Sud-Solidaires und die vierfarbig bunten der FSU waren zu sehen. »Marianne«, die Symbolfigur der Französischen Revolution und der Freiheit, trug eine riesige Trikolore mit Maximilien Robespierre und der Parole, für eine VI. Republik aufzustehen. Die Gruppen bewegten sich entspannt durch Amiens und man hatte den Eindruck, dass die Mehrheit der Bevölkerung in dieser von Deindustrialisierung geplagten Region Sympathie für ihre Sache hat.

Das Programm im Park startete um 8 Uhr morgens mit einer Rede des Angeklagten Michael Wamen, hinter dem auch zahlreiche Unterstützerkomitees in Frankreich und Belgien stehen. Es folgte der Generalsekretär der CGT Philippe Martinez. Für die Sud-Solidaires sprach Eric Beynel, für die FSU Bernadette Groison. Isabelle de Almeida erklärte die Solidarität der PCF. Die Videos der Reden von Jean-Luc Mélenchon (Parti de Gauche) und Olivier Besancenot (Nouveau Parti Anticapitaliste) waren sogar im Internetauftritt der Lokalzeitung verlinkt, dem Courrier Picard, dessen Berichterstattung den Angeklagten bemerkenswert wohlgesonnen war. (<http://www.courrier-picard.fr/region/amiens-goodyear-les-requisitions-se-degonflent-un-peu-ia0b0n867973>)

Es sprach François Ruffin, Regisseur des Films „Merci Patron“, der eine wichtige Rolle bei den nuit-debout in Paris und ganz Frankreich gespielt hatte. Zwischendurch und am Abend spielten Bands, darunter die Compagnie Jolie Môme (Süßer Fratz) und Sidi Wacho mit einem französisch-lateinamerikanischen Programm.

Das Programm, von Mittwoch 8 Uhr morgens bis 23 Uhr und am Donnerstag von 8 bis 13 Uhr, war ein beachtliches



Eine Fahne der SUD-Solidaires Die Band Sidi Wacho spielte bis 23.00 vor Publikum aus ganz Frankreich

Zeichen der Solidarität mit den Angeklagten. Die Folgen der Werkschließung von vor drei Jahren bis heute: Nur 120 der 1.173 Entlassenen haben wieder eine unbefristete Stelle bekommen, ca. 700 sind noch immer arbeitslos, neun vorzeitig an einer Berufskrankheit gestorben, drei begingen Selbstmord. Vor diesem Hintergrund war es einer der bewegendsten Momente, als einige der Kinder der Angeklagten auf der Bühne erschienen. Die Aktion hat ihnen deutlich gemacht, dass ihre Väter keine Verbrecher sind, sondern dass die Menschen aus der Arbeiterbewegung hinter ihnen stehen.

Eines hat die Bewegung schon erreicht: Die Staatsanwaltschaft hat die Forderung nach 9 Monaten ohne Bewährung zurückgezogen und die ganzen geforderten 24 Monate

zur Bewährung ausgesetzt. Das Urteil wird am 11. Januar 2017 erwartet, natürlich wird zu diesem Termin wieder mobilisiert.

Da allen Beobachtern klar ist, dass sich die Parti Socialiste mit ihrem Einsatz für das Loi Travail gegen 70% der eigenen Bevölkerung politisch selbst zerstört hat, spitzt sich der Präsidentschaftswahlkampf auf die Frage: Marine Le Pen oder den neoliberalen und erkatholischen François Fillon zu. Von beiden sind weitere schwere Angriffe auf die Lage der arbeitenden Bevölkerung und auf ihre Organisationen zu erwarten. Für das Jahr 2017 kann mit einer weiteren Zuspitzung der Situation in Frankreich gerechnet werden. Dass die Bevölkerung dies alles klaglos ertragen wird, ist nicht sehr wahrscheinlich. Abgeschlossen: 22. Nov. 2016 ■

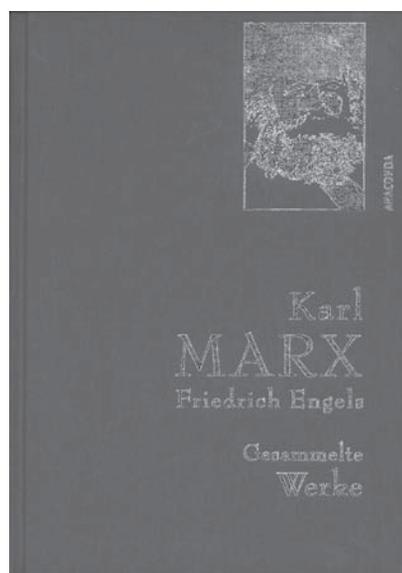
Besprechung

Lernen mit den Klassikern

Karl Marx/Friedrich Engels: Gesammelte Werke.
Hrsg. von Kurt Lhotsky, Köln: Anaconda Verlag, 2016.
826 S., fest geb., 9.95 EUR, ISBN 978-3-7306-0335-2

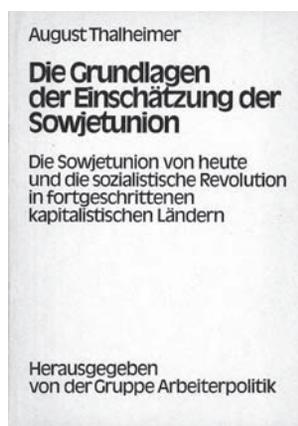
Der Titel des Bandes ist irreführend: geboten wird eine kleine Auswahl aus den Werken von Marx und Engels. Anfangs vermuteten wir, dass die Herausgeber die Entwicklung des Denkens der beiden Theoretiker und Praktiker der Arbeiterbewegung repräsentativ vorstellen und somit den heutigen Benutzern eine Einführung in die dialektische Denkweise des historischen Materialismus vermitteln wollen. Nachdem nun über dieselbe Buchhandelskette in ähnlichem Umfang und Ausstattung Auswahlbände von Nietzsche, Dostjewski, Fontane, Kafka, Poe, Shakespeare, Wilde und anderen zu demselben günstigen Preis angeboten werden, steckt offensichtlich ein profaneres Interesse dahinter: Nicht um den dialektischen Materialismus geht es, sondern darum, mit lizenzfreien Texten Geld zu verdienen. Eben auch mit Marx und Engels. Was ist das für uns brauchbare Ergebnis?

Das Problem, auf vergleichsweise wenigen Seiten eine Kurzfassung der Hinterlassenschaft von Marx und Engels zu schaffen, hat seit den 1880ern zahlreiche Einführungen entstehen lassen. Ausgaben von Einzelschriften, die auf breiterer Grundlage ein Verständnis der neuen Theorie vermitteln sollten, wurden in unterschiedlichen Formen

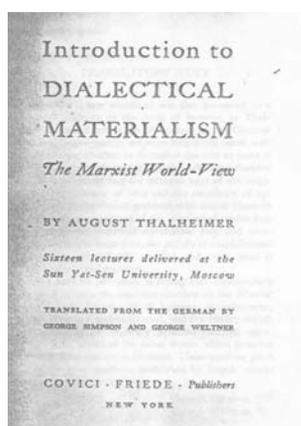


**Karl Marx
Friedrich Engels:
Gesammelte Werke.**
Herausgegeben von
Kurt Lhotsky, Köln:
Anaconda Verlag,
2016, 826 Seiten,
fest geb., 9.95 EUR,
ISBN:
978-3-7306-0335-2

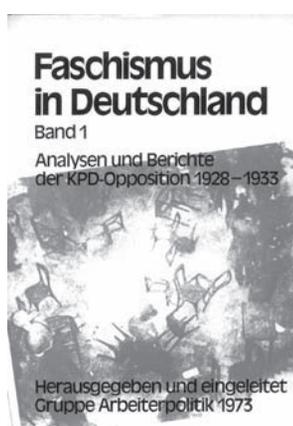
erstellt. U.a. drängte der seinerzeit von Engels geschätzte Vorsitzende der österreichischen Sozialdemokratie, Victor Adler, darauf kürzere Texte neu zu verlegen. Diese Aufgabe wurde in den 1890ern von der SPD und ihrem Bildungsverband aufgegriffen, führend dabei war nach 1900 der für die Sozialdemokratie aktive Wanderlehrer Hermann Duncker, der diese Arbeit nach 1918 in der neu gegründeten KPD



August Thalheimer
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion
1952, Gruppe Arbeiterpolitik,
43 Seiten A5, 1,50 EUR
2 6



August Thalheimer
Einführung in den dialektischen Materialismus
dt. und amerikanisches Vorwort von
1932, 190 Seiten A5, 5,00 EUR



August Thalheimer
Faschismus in Deutschland
2. Auflage 1981
Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik,
296 Seiten A5, 8,00 EUR

»Beiträge zur Diskussion«
Weisse Flecken
Über die tatsächliche Geschichte der SU
Dezember 1990, Gruppe Arbeiterpolitik,
74 Seiten A4, 4,00 EUR



In der Reihe »Elementarbücher des Kommunismus« hat Hermann Duncker zwischen 1920 und 1933 eine Vielzahl von kommentierten Textauszügen oder auch ganze Texte von Marx und Engels veröffentlicht, sie hatten vielfach hohe, mehrfache Auflagen.

weiterführte. Unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg nahm auch die SPD diese Aufgabe wahr, vor allem durch den Bollwerk-Verlag; in der SBZ/DDR erschienen populäre Ausgaben der zentralen Schriften in Einzelausgaben in großen Auflagen, wie auch die bekannte Werk-Ausgabe »Marx-Engels-Werke« (die 42 Blauen Bände).

Erwähnenswert ist daneben eine **zweibändige Ausgabe**, deren erste Auflage 1933 unter Leitung des Direktors des Instituts für Marxismus-Leninismus, V. Adoratskij, in Moskau aus Anlass des 50. Todestages von Marx erschien, die deutsche Ausgabe erschien 1934. Andere Übersetzungen in weiteren Sprachen erschienen in den folgenden Jahren.

1948 erschien eine überarbeitete Ausgabe in russischer Sprache, die in den kommenden Jahrzehnten weit verbreitet wurde; die deutsche Ausgabe erschien 1950. Die gleiche Auswahl erschien auf Englisch, Französisch, Italienisch, Polnisch, Spanisch, Dänisch, Finnisch, Tschechisch, Rumänisch und weiteren Sprachen. Damit wurde eine gemeinsame Grundlage für ein gleichartiges Verständnis des Marxismus geschaffen. Ob diese Ausgabe tatsächlich zu einem vertieften Eindruck des Marxismus führte, ist nicht direkt festzustellen. Auf Englisch, Deutsch und einigen weiteren Sprachen sind Gesamtausgaben veröffentlicht oder doch angefangen worden.

Die Grundlage für neue Auswahl- oder Werkausgaben erscheint seit 1975 als **Karl Marx-Friedrich Engels Gesamtausgabe** (MEGA); die noch in der DDR begonnen wurde. Nach der Eroberung der DDR wollten die kapitalistischen Okkupanten für diese Art wissenschaftlicher Arbeit natürlich kein Geld ausgeben, es fanden sich nach 1989 dann verschiedene Institute und private Wissenschaftler unter dem Dach des Amsterdamer Internationalen Institut für Sozialgeschichte. Inzwischen sind 64 herausgegeben, die derzeit noch fehlenden Bände sollen bis 2032 veröffentlicht werden. Jedoch ist diese Ausgabe, deren Texte alle in den jeweiligen Originalsprachen erscheinen – also vor allem auf Deutsch, Englisch, Französisch – zu umfangreich um heutigen, vor allem jüngeren Lesern einen Einstieg in die Theorie und Methode leicht zu ermöglichen. Diese Aufgabe steht jedoch vor uns.

Der Herausgeber, Kurt Lhotsky aus Wien, hat daher in Zusammenarbeit mit dem Kölner Verlag Anaconda eine sehr preiswerte Ausgabe von zentralen Texten zusammengestellt. Der Verlag hat sich auf Texte spezialisiert, deren

»Warum lässt man sich das eigentlich gefallen?«

fragt spontan eine Teilnehmerin, nachdem sie in unserem Kurs die unbezahlte Mehrarbeit als Quelle des Profits erkannt hat und schon gab es eine lebhafte Diskussion darüber.

Doch erstmal von vorn: In Hamburg gibt es eine überparteiliche Marxistische Abendschule. Sie besteht aus Mitgliedern verschiedener Plattformen der Linkspartei, der DKP, der Gruppe Arbeiterpolitik, des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD, den Jugendorganisationen Roter Aufbau und SDAJ, linken Gewerkschaftern und anderen parteipolitisch unorganisierten Marxisten. Uns eint der Bezug auf den Marxismus und die Arbeiterbewegung. Wir organisieren für das bei uns vertretene politische Spektrum Debatten über aktuelle strategische Fragen und bieten gemeinsam marxistische Grundbildung an, die sich bewusst an ein sehr breites »Publikum«, besonders an BetriebskollegInnen und Jugendliche wendet. Die Zusammenarbeit der Genossen in der MASCH ist solidarisch und unkompliziert. Die Angebote verbessern sich durch die gemeinsame Diskussion der Inhalte. Zu unseren Standardangeboten gehören »Erste Schritte in der Kritik der politischen Ökonomie« (basierend auf »Lohnarbeit und Kapital« und »Lohn, Preis, Profit«), ein Kurs »Imperialismus«, Lesekreise zu »Reform und Revolution« und zum »Kapital«. Daneben veranstalten wir sogenannte Themenabende, die aktuelle Fragen behandeln, dabei aber immer eine Bildungskomponente haben, z.B. »Arbeitszeitverkürzung – ein gewerkschaftspolitischer Beitrag aus marxistischer Sicht«.

Unsere Erfahrungen: Es gibt schlechte und gute. Zu den Enttäuschungen gehört (sieht man von den Jugendorganisationen ab) das geringe Interesse an Auffrischung und Weiterbildung der gestandenen Genossen aus den meisten unserer Herkunftsorganisationen. Das ist extrem schädlich, denn wie will man ohne vertiefte Bildung den Kollegen lebendig vermitteln, dass unsere Interessen nicht nur in einzelnen Punkten sondern grundsätzlich unvereinbar mit dem Kapitalismus sind?

Zu den guten Erfahrungen zählt, dass wir in unseren Kursen Kolleginnen und Kollegen ansprechen und überzeugen können, die mit Kommunismus bisher nicht am Hut hatten. Die Schwierigkeiten bestehen nicht so sehr im Kurs und seinen Inhalten, sondern darin, die Hürden für eine Teilnahme an unseren Angeboten überhaupt erst zu überwinden. Die Hürde ist aber bei der MASCH eindeutig kleiner als bei einer Partei.

Wir möchten gern weitere Erfahrungen mit Bildungs- und Schulungskursen austauschen, möglichst dargestellt von Teilnehmern solcher Kurse. Wir sind an Vorschlägen für den Einsatz von Klassikern wie auch die Nutzung von in jüngster Zeit entstandenen Lernunterlagen – auch in digitaler Form – interessiert.

Die Redaktion ■

Verfesserschutz abgelaufen ist und kann so das Buch zu einem günstigen Preis anbieten. Ein großer Teil der in der zweibändigen Ausgabe **Ausgewählte Schriften von 1948** enthaltenen Texte ist auch in dieser Ausgabe enthalten, jedoch sind einige Unterschiede zu bemerken: der neue Band enthält Texte aus der Zeit vor der Revolution 1848/49. Hier kann der nicht vollständig überlieferte Entwurf »Grund-

sätze des Kommunismus« (1847) genannt werden. Der Entwurf ist in der Form eines Katechismus überliefert, in dem Friedrich Engels in kurzer Form verständlich macht, wie die seinerzeitigen Klassen sich formierten und international verbreiteten.

Die Voraussetzung dieser Form der Bewegung war die damalige technologische Entwicklung, die sich mit den heutigen Strukturänderungen durch die Informationstechnologie vergleichen lässt. Diese setzte sich in einem schnellen Prozess durch mit all' den Folgen, die sie für die Struktur der Arbeiterklasse hatte. Engels sah diese Entwicklung schon 1847. Heute sind wir in einer entsprechenden Lage und die Globalisierung, die Engels andeutete, ist heute wesentlich stärker. Die Zuspitzung der gegensätzlichen gesellschaftlichen Widersprüche führte Engels 1847 zu der Erkenntnis, dass die Revolution nicht isoliert in einem Land durchgeführt werden könnte.

In den hier dokumentierten Texten betonten Marx und Engels jeder für sich bzw. in enger Zusammenarbeit die Notwendigkeit der politischen Praxis, an der sie immer wieder und unter öfters geänderten Umständen teilnahmen. Man kann hier leicht – und preiswert – Texte finden, die es auch in anderen Ausgaben gibt. Das ist aber kein Fehler, sondern Lhotsky hat sich bemüht zentrale Texte wieder zugänglich zu machen – jedoch nicht eine identische Ausgabe mit den **Ausgewählten Schriften** zusammenzustellen, sondern eben auch einige Texte aus der Frühzeit, die verdeutlichen, dass Marx und Engels sich aktiv an der entstehenden Arbeiterbewegung beteiligten. Und an dieser Teilnahme hielten sie fest, auch wenn ihre Forschungstätigkeit dadurch zeitlich belastet wurde und die Zeiten nicht unbedingt als »revolutionär« zu bezeichnen waren.

Man kann bedauern, dass nur wenige Briefe im Band erscheinen, gerade in Briefen sind einige der grundsätzlichen Themen immer wieder in unterschiedlichen Zusammenhängen betont worden. Es geht dabei öfters um die politischen Aktivitäten, aber auch um Briefe zu zentralen theoretischen Fragen, die unmittelbar ein Verständnis ermöglichen. Einige der Analysen von Marx vor allem über die Entwicklung in Frankreich sind im Band vorhanden, so »Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte«. Auch der Inhalt dieser Texte und ihr Verständnis erfordern ernsthafte Arbeit, am besten liest man die Texte gemeinsam mit anderen.

Jeder, der sich mit diesen Fragestellungen beschäftigt hat, hätte andere Texte auswählen können, die mit ebenso großer Berechtigungen im Band hätten erscheinen können. Hermann Duncker hat eine nur an wenigen Stellen mit dem vorliegenden Band übereinstimmende Auswahl getroffen, als er 1929/30 in der Broschürenreihe »Elementarbücher des Kommunismus« seine zwei Bände **»Über historischen Materialismus«** herausgab. Er hatte sehr große Erfahrungen in der Weiterbildung von Arbeitern, aufgrund

derer er aus einer Vielzahl von Briefen und Texten (nicht unbedingt chronologisch) meistens sehr knappe Passagen heranzog, allerdings immer mit Anmerkungen und Quelle versehen. Die Zitate, die Duncker unter selbstgewählten Überschriften zusammenfasste, sind auch heute noch für Einsteiger als Anregungen zu verstehen, weiter in den nachgelassenen Texten zu suchen.

Die Texte von Marx und Engels in dem hier besprochenen aktuellen Band sind im Allgemeinen gut zu lesen, die chronologische Auswahl hilft, die Grundlagen zu verstehen. Bedauerlich ist, dass es keine einführenden Anmerkungen und Quellenangaben zu den jeweiligen Texten gibt, die »Vorbemerkungen« (S. 7 – 11) sind kein ausreichender Ersatz, sie drücken lediglich die Intention des Herausgebers aus.

Diskutabel sind auch die ersten Texte – »Zur Kritik der Hegel'schen Rechtsphilosophie. Einleitung« und »Die deutsche Ideologie«; Diese beiden Texte sind nicht leicht zu verstehen, und Einsteiger können daran leicht scheitern. Sie sollten vielleicht nicht die ersten gemeinsam zu lesenden Texte sein. Wie dies Problem angegangen werden kann, ist schwer zu entscheiden. Für die Entdeckung weiterer hilfreicher Texte sind jedenfalls die beiden antiquarisch noch erhältlichen Broschüren von Duncker zu empfehlen. Allgemein ist es sicher notwendig, aus heute in Angriff zu nehmenden Schulungen zu lernen und Material und Methode laufend zu verbessern (Siehe Kasten).

Wenn wir von der Methode reden, die Kommunisten zu eigen sein soll, so meinen wir damit nicht einzelne Aussagen, die in diesem oder jenen Zusammenhang ausgearbeitet wurden. Es geht vielmehr um das Verständnis der immer widersprüchlichen Zusammenhänge: Manche Ereignisse erscheinen auf den ersten Blick eindeutig aber wegen der Dialektik fallen Zwecke und Ergebnis widersprüchlich aus: Wenn die TTIP genannte Freihandelszone von dem nächsten US-Präsident verhindert wird, ist das objektiv gesehen vielleicht den Kapitalisten einen Strich durch die Rechnung, aber kein Resultat progressiver Intentionen.

Also: Um zum Kern der Widersprüche vorzudringen, müssen diese Widersprüche in ihrem dialektischen Zusammenhang verstanden werden. In den Jahren nach den Napoleon-Kriegen verlangten die Entwicklungen in der Produktion, dass die Arbeiter auch lesen und schreiben können mussten, damit sie u.A. Arbeitszeichnungen verstehen konnten. Auch die Kinder mussten lesen und schreiben lernen, Bibel und Katechismus waren dafür der notwendige Anfang. Ein allgemeines Schulwesen wurde entwickelt – es hatte allerdings vom Gesichtspunkt der herrschenden Klasse aus einen Fehler: die Beherrschten konnten auch die Schriften der entstehenden Arbeiterbewegung lesen – leider heute aber auch die Bildzeitung! Die Dialektik ist unaufhörlich und lässt sich nicht unterdrücken. ■